

02 | 2015

- Direkte Demokratie in Stuttgart 03
  - Unser Klinikum 05
- Energiewende mit Gegenwind 06
  - Urban Gardening:  
Mehr Grün für die Stadt! 08
  - Plastiktüte ade!? 10
- Luftreinhaltung in Stuttgart 11
  - Konzept gegen Armuts-  
und Zwangsprostitution 12
  - Appell für Inklusion 13
- Mobilfunk: „St. Galler Wireless“ 16
- Aus den Bezirken: Fahrradmitnahme  
im ÖPNV, „Haus der Stille“, ... 19

### FILDERBAHNHOF

## Regionalhalt auf den Fildern!

■ Stuttgart 21 ist beschlossen und wird unübersehbar gebaut. Deshalb ist es umso wichtiger, dass man dort, wo es noch möglich ist, Mängel verhindert und innerhalb der Rahmen- und Vertragsbedingungen Verbesserungen schafft. Das ist nun – zum Glück für den Nahverkehr – auf den Fildern gelungen. Denn der geplante Filderbahnhof bei Stuttgart 21 hat einen sehr großen Mangel (neben anderen): Er ist schlecht für die Pünktlichkeit und den Ausbau der S-Bahn. Auch wenn die Befürworter vor Jahren etwas anderes versprochen haben. Viele erinnern sich an die „Schnecken“ und „Blitze“ im Vortrag von Boris Palmer bei der Schlichtung im Herbst 2010.

Dass es diesen großen Mangel gibt, das konnte man also schon lange wissen. Es hat bloß einige Zeit gebraucht, bis es auch von vielen nun erkannt worden ist; schließlich zum großen Glück auch von der Stadt Leinfelden-Echterdingen. Inzwischen ist allen bewusst, dass eine Beeinträchtigung der S-Bahn und somit des Nahverkehrs auf den Fildern keine Lösung für die Zukunft sein kann und so, wie bisher geplant, nicht gebaut werden darf.

### KEIN AUSBREMSEN DER S-BAHN! |

Auf der Suche nach besseren Lösungen gab es viele Vorschläge. Auch solche, noch viele Millionen Euro mehr in einen so genannten Filderbahnhof Plus zu stecken, der aber die Probleme im System an sich

*Blick auf den Bahnhof Vaihingen*



## EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

■ alles neu macht der Mai! Nun, alles zwar nicht, doch standen und stehen derzeit **WICHTIGE WEICHENSTELLUNGEN FÜR UNSERE STADT** an, über die wir in diesem STADTBLATT berichten. So konnten mit dem Regionalhalt Vaihingen und Verbesserungen an der Rohrer Kurve Fehlplanungen von Stuttgart 21 im Filderbereich korrigiert werden. Das Thema Bürgerbeteiligung macht große Fortschritte in Stadt und Land: Die Novelle der Gemeindeordnung erleichtert und erweitert die direkte Demokratie auch in Stuttgart. Beim Stadtquartier Rosenstein bekommt die Stadtgesellschaft mit einer informellen Bürgerbeteiligung die Möglichkeit, über die Zukunft der Stadt und die Gestaltung von Stadtquartieren zu diskutieren. Denn innovative Konzepte und kreative Ideen sind wichtig für unsere Stadt. Daher haben wir uns auch dafür eingesetzt, dass die Bürgerinitiative beim Garnisonsschützenhaus eine Chance zur Umsetzung ihrer Idee „Haus der Ruhe“ bekommt. Und auch bei der Neugestaltung des Stadtraums, wie z. B. am Stöckach, geht man in Stuttgart neue Wege beim Einbeziehen von Anwohnern und Nutzern. Hinzu kommt ein Bericht über strahlungsarme Mobilfunktechnik, Neues aus dem Bildungsbereich, Aktuelles aus den Stadtteilen. Kontrovers diskutiert wird das Thema Windräder im Tauschwald, wobei sich die große Mehrheit unserer Ratsfraktion für die Prüfung des Standorts ausspricht.

Ihre/Eure

  
 Petra Rühle

auch nicht gelöst hätte. Deshalb ist es nun ein Erfolg der Verhandlungspartner Stadt, Land und Bahn, dass es zu einer Lösung kommt, die erstens innerhalb des Kostenrahmens bleibt und zweitens den Betrieb der S-Bahn nicht beeinträchtigt und sogar noch Optionen für einen Ausbau schafft. Insbesondere der neuralgische Punkt „Rohrer Kurve“ wurde endlich verbessert. Das „dritte Gleis“ im Filderbahnhof selbst ermöglicht eine Verbesserung gegenüber der Antragstrasse, ohne den geplanten Filderbahnhof komplett neu bauen zu müssen. Allerdings bleiben dort auch mit der jetzt gefundenen Lösung einige Mängel erhalten.

**ENDLICH FREIE BAHN FÜR EINEN MULTIMODALEN VERKEHRSKNOTEN IN STUTTGART-VAIHINGEN!** | Dass jetzt aber auch der Regionalhalt in Vaihingen kommen wird, ist ein Riesenerfolg. Er hat ein enormes Einzugsgebiet und damit eine besondere Bedeutung für den regionalen Nahverkehr. Ein Regionalhalt Vaihingen kann die erheblich unter Überlastung und

Verspätungsstress stehende S-Bahnlinie S 1 bzw. die S-Bahn-Stammstrecke zwischen Hauptbahnhof und Vaihingen entlasten. Er ist ein weiteres wichtiges Element eines multimodalen Verkehrsknotens Vaihingen, den wir schon lange fordern. Hier bündeln sich Regional-, S-Bahn-, Stadtbahn- und Busverkehr. Carsharing, E-Ladestationen, Leihräder und Fahrradabstellplätze tragen dazu bei, den Übergang zwischen individuellen und öffentlichen Verkehrsmitteln zu vereinfachen. Eine neue Drehscheibe des Nahverkehrs kann entstehen, die auch über den Anschluss der Gäubahn- und Panoramastrecke eine Zukunftsperspektive für den Ausbau der S-Bahn ermöglicht. | **AN DER ROHRER KURVE UND MIT DEM REGIONALHALT IN VAIHINGEN SIND SOMIT DEUTLICHE VERBESSERUNGEN GEGENÜBER DER BISHERIGEN PLANUNG ERZIELT WORDEN.**

Peter Pätzold



## ■ GUERILLA KNITTING

**Alles so schön bunt hier! Der Untertürkheimer Karl-Benz-Platz ist aufgehübscht – wohin das Auge reicht: Guerilla Knitting. Was das ist? Eine Straßenkunst, die Masten, Pfosten, Baumstämme, quasi alles Immobile im öffentlichen Raum umgarnt. Die Projektgruppe des Jugendrats Obere Neckarvororte hatte schon vor Längerem die Idee, diesen eher grauen Platz mit farbenfrohem Strick zu verschönern, und rief im Dezember 2014 die Anwohnerinnen und Anwohner auf, sie durch Stricken und Häkeln von Topflappen zu unterstützen. Kürzlich präsentierten sie das Ergebnis. Wir finden: Es kann sich sehen lassen! Tolle Idee!**

Foto: Redaktion





Foto: Reinhard Möhrle

## DIREKTE DEMOKRATIE

# Jede Stimme zählt – direkte Demokratie in unserer Stadt

■ Direkte Demokratie ist für uns Grüne Teil der „Politik des Gehörtwerdens“, bei der die PolitikerInnen den BürgerInnen zuhören und ihre Beschlüsse auszuführen haben. Wenn die BürgerInnen sich die Instrumente der direkten Demokratie aneignen und sie ausüben, brauchen sie – wie die von ihnen gewählten PolitikerInnen – zum Erfolg einen guten Vorschlag und eine Mindestzahl an Stimmen in Form eines Quorums. Für reinen Populismus, populistische Parteien und absolute Minderheitenpositionen ist da kein Platz.

**NOVELLE DER GEMEINDEORDNUNG: DIREKTE DEMOKRATIE IN DER GEMEINDE ERLEICHTERT UND ERWEITERT** | Mit den Instrumenten der direkten Demokratie können die BürgerInnen schon jetzt anstelle des Gemeinderats über ein Thema abstimmen (Bürgerentscheid). Außerdem können sie den Gemeinderat verpflichten, einen Bürgerentscheid durchzuführen (Bürgerbegehren) oder sich in öffentlicher Sitzung mit einer bestimmten Angelegenheit zu befassen (Bürgerantrag).

Erstmals kann die Bürgerschaft nun in einem Bürgerentscheid bzw. Bürgerbegehren über den verfahrenseinleitenden Beschluss im Bauleitplanverfahren (in der Regel der Aufstellungsbeschluss) abstimmen. Da das Baurecht eines der Hauptgestaltungsrechte der Gemeinde ist, war diese Regelung überfällig. Neu ist auch, dass die Gemeinde in einer Publikation den Vertrauenspersonen den gleichen Umfang für deren Position einräumen muss. Ebenfalls neu ist, dass die Gemeinde Sach- und Rechtsauskünfte für den Kostendeckungsvorschlag zu erteilen hat. Zudem wurde die Frist für das Begehren nach dem Gemeinderatsbeschluss von sechs Wochen auf drei Monate verlängert und das Zustimmungsquorum von 25 auf 20 Prozent gesenkt.

An die Stelle des bisherigen Bürgerantrags tritt künftig der Einwohnerantrag, da nun auch Nicht-EU-Bürger und Personen mit Zweitwohnsitz stimmberechtigt sind. Statt 6.000 Unterschriften reichen in Stuttgart nun 2.500 Unterschriften. Die Frist für den Einwohnerantrag wurde auf sechs Monate

halbiert. Gegenüber der Gemeinde vertreten Vertrauenspersonen die Unterzeichnenden.

Eine Novelle ist noch kein Gesetz. Da aber alle Fraktionen des Landtags die vorgestellten Änderungen mittragen, wird der Gesetzesentwurf im anstehenden parlamentarischen Verfahren bezüglich dieser Punkte nicht mehr geändert werden. Als Nächstes steht an, die direkte Demokratie im Land auszubauen. Es gibt eine interfraktionelle Einigung zur Einführung einer Volksinitiative, und die Quoren für das Volksbegehren sollen gesenkt, die Frist zur Sammlung der Unterschriften verlängert werden. Diese Vorhaben sind allerdings noch nicht so weit wie die Novelle der Gemeindeordnung.

Andrea Münch





Foto: Redaktion

## ZUR PERSON

# Dr. Michael Parys: Ein echter „Überzeugungstäter“ der Suchtmedizin

**Dr. Michael Parys ist Facharzt für Innere Medizin und seit vielen Jahren Substitutionsarzt in der Suchtbehandlung. Jetzt geht er zumindest zum Teil in Rente. Er wird eine große Lücke hinterlassen, denn er war und ist ein leidenschaftlicher Verfechter einer am Patienten orientierten Suchtmedizin.**

■ 1991 wurde erstmals und unter strengen Voraussetzungen (schwere begleitende Erkrankungen wie Krebs, Aids) die Methadonsubstitutionsbehandlung als Kassenleistung ermöglicht. In Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe (z. B. Wohngruppenverbund und Tagesstätte Olgastraße) wurde für deren Klienten die Substitutionsbehandlung als notwendige Behandlungsmöglichkeit erkannt. Ebenfalls seit 1991 besteht die Kooperation des Caritasverbandes mit Dr. Michael Parys. Mit ihm zusammen wurde zunächst eine Vergabestelle in der Tagesstätte Olgastraße 46, ab 1994 das Café Maus und seit 2009 die Substitutionsambulanz betrieben.

Humorvoll, präsent, mutig, engagiert, menschlich großzügig, konsequent und dennoch immer wieder vertrauend, kooperativ und vorurteilsfrei – so wird Michael

Parys von Kollegen und langjährigen Wegbegleitern beschrieben. Die Kündigung einer Behandlung war immer allerletzte Möglichkeit. Im Vordergrund seiner Hilfe stand die Schadenminimierung.

**POLITISCHER HUMANIST** | Für uns Grüne ist Michael Parys, der sich zudem seit vielen Jahren ehrenamtlich im Bezirksbeirat Stuttgart-Nord einsetzt, bei allen (sucht)medizinischen Fragen ein zum Glück hartnäckiger und unbequemer Berater und Lobbyist für die Sache seiner Patienten. Gemeinsam mit seiner Frau war Michel, so sein Rufname, in den frühen 1970er Jahren bei „Ärzte gegen den Atomkrieg“ engagiert. Sein Engagement in der Substitutionsbehandlung ist für ihn daher auch immer ein politisches und nicht zuletzt ein humanistisches Anliegen.

Ich persönlich gönne ihm seinen wohlverdienten Teil-Ruhestand mit ausgedehnten Radtouren auf selbstgebasteltem E-Bike und mit hoffentlich vielen sonnigen Segeltörns – und freue mich, ihn als ruhigen, kompetenten Hausarzt meiner ganzen Familie noch eine Weile behalten zu dürfen.

*Werner Wölfle, Bürgermeister für Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser*



## ■ STADTBAHNSTAU!

**Mit der Stadtbahn im Stau – in den letzten Monaten keine Seltenheit, wenn man zur Hauptverkehrszeit mit den Bus- und Stadtbahnlinien U4, U9, 40 und 42 zwischen Innenstadt und Stuttgart-Ost unterwegs ist. Grund dafür sind Staus im Straßenverkehr und deutlich mehr Baustellen. Eine Entwicklung, die den Zielen der Stadt bei Mobilität und Luftreinhaltung zuwiderläuft. Wir wollen das nicht länger hinnehmen und erwarten von der Verwaltung und der SSB konkrete Maßnahmen, um dieser Entwicklung wirksam zu begegnen. Für freie Fahrt im ÖPNV!**

Foto: Robert Hintz





Foto: Robert Hintz

## KRANKENHÄUSER

# Unser Klinikum – ein Hort der Daseinsvorsorge!

**Vor Jahren versuchten vier Partner, die Zukunft des Klinikums Stuttgart zu sichern. Ihre Rechnung ist nicht aufgegangen.**

■ Den Mythos vom privaten Betriebsträger, der alles besser kann, haben wir schon 2004 nach zehn Jahren Sana-Management entlarvt. Nach diesen Erfahrungen damals war der Gemeinderat bereit, Tabula rasa zu machen: Der städtische Eigenbetrieb Klinikum wurde gegründet, ein Geschäftsführer eingestellt. Ein Vier-Seiten-Vertrag zwischen Klinikum, Stadt, Personalrat und der Gewerkschaft ver.di wurde geschlossen, in dem die vier Parteien einander zusagten, das Klinikum in städtischer Hand zu halten und gedeihlich zur Erzielung einer schwarzen Null zusammenzuarbeiten. Die Zwei-Standorte-Entscheidung wurde gefällt, die vorausgesehene Investitionssumme von 800 auf 670 Millionen Euro gedrückt und ein Scheck auf die Zukunft gezogen: Sobald die sogenannte Effizienz-Rendite durch bauliche und organisatorische Verbesserungen eintreten würde, sollten sich die externen Kredite darüber refinanzieren. An diesem Punkt sind wir heute. Und wir müssen feststellen, dass das so nicht funktionieren wird.

**VERKALKULIERT** | Es war damals eine richtige Entscheidung, sich von vier Standorten auf zwei zu konzentrieren und dafür auch neu zu bauen. Sonst wäre das Klinikum heute fachlich nicht so gut aufgestellt! Allerdings sind die Baukostensteigerungen

ein Riesenproblem, das von Stadtverwaltung und Gemeinderat gelöst werden muss. Aber die anderen Kliniken in Stuttgart haben natürlich ebenfalls investiert und sich neu ausgerichtet. Kein Wunder also, wenn geplante Leistungssteigerungen nicht erreicht werden.

Zudem wird die Effizienz-Rendite dringend zur Abfederung des laufenden Betriebs benötigt, weil viele Lasten, die dem Krankenhaus seit langem aufgebürdet werden, von ihm selbst gar nicht beeinflussbar sind. Jahr für Jahr zu verkraften: Tarifierhöhungen, mangelnde Vergütung von Extremkostenfällen und ambulanten Leistungen, rückwirkende Absenkung des Landesbasisfallwerts, Fehlsteuerung durch Fallpauschalen. Eine faire Finanzierung sieht anders aus! Mit seiner Aussage, der Bund stehe in der Verantwortung, einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der Behandlungs- und Betriebskosten der Kliniken zu leisten, scheint Bundesgesundheitsminister Gröhe sich dessen wenigstens bewusst zu sein.

**FAIR FINANZIERT? DER BUND UND ALLE VIER PARTNER SIND GEFRAGT!** | In der Broschüre des Deutschen Städtetags von 2007 zur Zukunftsfähigkeit kommunaler Krankenhäuser wird diesen geraten, sich mehr als Unternehmen auszurichten.

Gerade weil die Maximalversorger vom Land einen Versorgungsauftrag für die Bevölkerung erhalten haben und die dafür notwendigen medizinischen und baulichen Leistungen vorhalten und erfüllen müssen.

Wir hoffen daher, dass auf allen Seiten die Scheuklappen abgenommen und alle Handlungsoptionen, die im Sommer vorgelegt werden, vorbehaltlos geprüft und bewertet werden. Dazu sind wir bereit. Einfach wird das nicht, denn ein wesentlicher Teil des Defizits wird durch die Ambulanzen verursacht. Diese sind jedoch eine verbesserte Leistung für die Bevölkerung, die weiß, wo ihr schnell und wirkungsvoll geholfen wird.

Der Einsatz, den PflegerInnen und MedizinerInnen für die PatientInnen erbringen, ist enorm! Trotzdem müssen wir uns anschauen, wie sich andere Maximalversorger und andere Stuttgarter Kliniken im Personalbereich aufstellen, denn 70 Prozent aller Kosten sind Personalkosten. Auch Kooperationen mit anderen Häusern könnten ein gangbarer Weg sein, da es in Stuttgart ein großes Angebot an hocheffizienter Krankenhausmedizin gibt.

Wir sehen alle Partner des Vier-Seiten-Vertrags in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten, damit man der schwarzen Null wieder näher kommt. Denn wir fühlen uns unserem Klinikum als sicherem Hort der Daseinsvorsorge in städtischer Hand verpflichtet!

*Silvia Fischer*



# Stuttgarts Energiewende bekommt Gegenwind

**Die Energiewende in einer Stadt ist nicht einfach und wir nehmen diese Aufgabe sehr ernst. Deshalb wollen wir eine nachvollziehbare Prüfung aller Fragen haben und dann auf dieser Grundlage die Entscheidung für oder gegen einzelne Windkraftanlagen treffen.**

■ Für Stuttgart schlug der Verband Region Stuttgart vier mögliche Standorte für Windkraftanlagen vor. Sie wurden anhand fachlicher Kriterien ausgewählt. Einer davon, der Grüne Heiner, ist bereits bebaut, zwei weitere sind schon aufgrund der bisherigen Beurteilungen herausgenommen worden. Es bleibt der zwischen Feuerbach und Weilimdorf gelegene Standort Tauschwald zur Prüfung übrig.

## **STANDORT TAUSCHWALD: ERST DIE PRÜFUNG, DANN DER BESCHLUSS!**

Durch eine Messung der realen Windgeschwindigkeiten über den Zeitraum von einem Jahr konnte die mögliche Leistung dort errichteter Windkraftanlagen genauer ermittelt werden (im Fachjargon: Windhöfigkeit). In einer ersten Beurteilung stellen die Stadtwerke die Wirtschaftlichkeit zweier Windräder fest.

Von vielen Seiten kamen nun viele Fragen, die alle berechtigt sind. Ob zu Lärm, Schattenwurf, Naherholung, Wald, Wirtschaftlichkeit, Naturschutz, Artenschutz oder Landschaftsbild: Wir waren und sind der Meinung, dass die genehmigende Fachbehörde alle diese Fragen wie üblich in einem Verfahren transparent und sachlich prüfen sollte.

So stellt die jetzt diskutierte Vorlage auch nichts anderes zur Abstimmung, als alle Aspekte sachlich und fachlich unter die Lupe

zu nehmen, um sie dann in einer Gesamtübersicht für eine mögliche Abwägung darzustellen und zu bewerten. Es geht also nicht um den Beschluss, die beiden Windkraftanlagen zu bauen. Es geht einzig und alleine um den Einstieg in das normale Verfahren und somit in eine Prüfung. Eine Prüfung, in der alle jetzt vorliegenden Einwände behandelt werden. Auch wir Grünen haben große Bedenken und viele Fragen zum Natur- und Artenschutz, die im Rahmen des Verfahrens beantwortet werden sollen. Aber nochmal: Wir sind als Fraktion der Auffassung, dass man diese wichtigen Fragen transparent, sachlich und fachlich prüfen muss. Erst danach, also auf Basis dieser sachlichen Prüfung durch die genehmigende Behörde, kann man eine Entscheidung treffen – und nicht vorher durch einen politischen Beschluss.

Natürlich braucht es nach der Prüfung und der Beurteilung aller Einwände in diesem Verfahren einen politischen Beschluss, unterlegt mit den Ergebnissen der Prüfung, ob man Windkraftanlagen im Tauschwald baut oder nicht. Dann hat man auch die Stellungnahme der Genehmigungsbehörde und kann auf einer fundierten Grundlage mit einer Gesamtsicht aller Aspekte entscheiden.

## **ALLE POTENZIALE ERNEUERBARER ENERGIEN UNTERSUCHEN!**

Die Energiewende in einer Großstadt umzusetzen, ist nicht einfach. Der Energieverbrauch einer Stadt wie Stuttgart, die noch einen hohen Industrieanteil hat, ist hoch, aber die Flächen sind knapp. Daher ist es notwendig, jedes Potenzial, sei es ein Windkraftstandort, Dächer für PV-Anlagen oder Potenziale zur Abwasserwärmenutzung, zu

prüfen und – wenn es machbar ist und sich auch rechnet – umzusetzen. Wer das Potenzial der beiden Windkraftanlagen nicht sorgfältig prüft, verwirft auf die Schnelle die Möglichkeit, rund 5.000 Haushalte mit regenerativer Energie zu versorgen, die hier in Stuttgart erzeugt werden könnten. Der Strom kommt zwar aus der Steckdose, aber noch immer wird ein großer Teil mit Erdgas aus problematischen Regionen oder mit Kohle aus Raubbau in Entwicklungsländern erzeugt. Die Probleme und Beeinträchtigungen liegen dann zwar nicht vor unserer Haustüre, aber es gibt sie dennoch. Dazu ist der aktuelle Film „La Buena Vida“ zu empfehlen, der zeigt, welche Auswirkungen der Abbau billiger Kohle für billige Energie bei uns und anderswo hat.

Welche Alternativen gibt es, 5.000 Haushalte mit regenerativen Energien zu versorgen? Wer die Energiewende ernst nimmt und eine Prüfung der Windräder ablehnt, muss, um glaubhaft zu sein, eine Alternative vorschlagen. Wir haben uns Gedanken gemacht, ob nicht die Diskussion vor Ort über Energiewende und Windkraft dazu genutzt werden könnte, andere Möglichkeiten der Energieerzeugung mit der Bürgerschaft zusammen umzusetzen. Der Ersatz eines Windrads und dessen Leistung könnte zum Beispiel durch den Bau von 1.500 Fotovoltaikanlagen vor Ort kompensiert werden. Mit der Beteiligung der Stadtwerke oder mit neuen Bürger-Energiegenossenschaften hier in Stuttgart könnte dies machbar sein.

*Peter Pätzold*

# Windkraft versus Naturschutz

■ Sturmfluten, Anstieg des Meeresspiegels, Gletscherschmelze, Dürren und Wassermangel, Hitzewellen, Bürgerkriege, Hungersnöte – angesichts der bekannten schrecklichen Prognosen des Weltklimarates treten wir Grünen mehr denn je für eine Energiewende ein. Diese muss alle Arten der alternativen Energieerzeugung einschließen. Natürlich auch die Windenergie. Windräder können, wenn nicht mehr benötigt, leicht abgebaut und rückstandsfrei entsorgt werden. Ob man Windräder in der freien Landschaft sehen möchte, ist meines Erachtens eine Geschmacksfrage. Mir sind sie allemal lieber als Atomkraftwerke oder Braunkohlegruben, wegen denen ganze Landschaften weggebaggert werden. Deshalb können die geplanten Windräder im Tauschwald ein lokaler Baustein zur Energiewende sein. Sie könnten rund 5.000 Stuttgarter Haushalte mit sauberer Energie versorgen.

**ABER NICHT IM TAUSCHWALD!** | Nun ist der Tauschwald ein sehr struktur- und artenreicher Laubmischwald, in dem es viele geschützte Vogel- und Fledermausarten gibt. Die artenschutzrechtlichen Untersuchungen der Stadtwerke haben ergeben, dass dort, direkt an den geplanten Standorten, elf Fledermausarten vorkommen; darunter acht windkraftsensibel. Mit weiteren Arten ist zu rechnen, weil das Aufzeichnungsgerät mehrere Monate ausgefallen war. Außerdem wurde festgestellt, dass der Tauschwald innerhalb eines Fledermauszugkorridors liegt. Bei den Vögeln wurden zwei windkraftsensibel bzw. streng geschützte Greifvogelarten festgestellt, die im unmittelbaren Nahbereich der Windkraftanlagen ihre Reviere und Horste haben: der Wespenbussard und der Baumfalke. Windkraftsensibel bedeutet nach Definition der obersten Naturschutzbehörde des Landes, der LUBW, dass die Tiere durch ein erhöhtes Kollisionsrisiko mit den Windrädern getötet oder vertrieben werden. In puncto Windkraftsensibilität sind in der Region Stuttgart nur wenige Arten relevant: neben Wespenbussard und Baumfalke noch Rot- und Schwarzmilan, Uhu und Wanderfalke.

Den artenschutzrechtlichen Konflikt bei den Fledermäusen könnte man unter Umständen mit umfangreichen Abschaltzeiten der

Anlage lösen. Beim Wespenbussard und Baumfalke gibt es diese Möglichkeit nicht. Die Vögel können weder umgesiedelt noch mit anderen Maßnahmen von den Windrädern ferngehalten werden. Auch lassen sich die Windräder nicht verschieben, weil dann keine ausreichende Windhöfigkeit mehr gegeben ist.

**NEUE SACHLAGE IST BRISANT, DESHALB: NEIN ZU EINER AUSNAHMEGENEHMIGUNG!** | Nach Aussage des Artenschutzgutachtens ist die einzige Möglichkeit, um die Windräder bauen zu können, eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung bei der oberen Naturschutzbehörde zu beantragen, also beim Regierungspräsidium. Laut Bundesnaturschutzgesetz darf eine Ausnahme von artenschutzrechtlichen Verboten nur dann gewährt werden, wenn es keine zumutbaren Alternativen gibt und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert.

Im Fall Tauschwald ist klar: Ein Bewilligen der Ausnahme würde bedeuten, dass der Schutzstatus seltener Tiere aufgehoben und ihre lokale Ausrottung in Kauf genommen wird. Betroffen wären Wespenbussard und Baumfalke: Landesweit gibt es noch jeweils ca. 200 bzw. 350 Brutpaare. Arten mit weniger als 1.000 Brutpaaren sind als selten eingestuft. Der Verlust bereits eines Paares kann die Auslöschung einer regionalen Population zur Folge haben.

Obwohl ich die letzten beiden Jahre stark für den Windkraftstandort Tauschwald geworben habe, kann ich nun aber wegen dieser neuen brisanten Sachlage dem Projekt nicht mehr zustimmen. Ich bin weiterhin für den Ausbau der Windenergie, jedoch unter Berücksichtigung der Artenschutzvorschriften und -gesetze. So wie Menschen in Baden-Württemberg ein Anrecht haben, dass Windkraftanlagen nicht näher als 700 Meter an ihren Wohnort herangebaut werden, so haben die windkraftsensiblen Vogelarten ein Anrecht darauf, dass sie an ihren Fortpflanzungs- und Lebensstätten nicht von Windkraftanlagen erschlagen oder vertrieben werden.

Clarissa Seitz





Foto: Redaktion

## INTERVIEW

# Mehr Grün für die Stadt! Alexander Schmid, Fachmann fürs Urban Gardening

**Tomaten vom Dach ernten, Blumen auf öffentlichen Plätzen pflanzen, den Hinterhof entsiegeln und Fassaden begrünen – das alles ist durch das kommunale Grünprogramm und die Förderung von urbanen Gärten in Stuttgart möglich geworden. 2014 konnten wir dafür 400.000 Euro im Haushalt bereitstellen. Wie die Stuttgarter die Förderungen annehmen und warum urbane Gärten Menschen entschleunigen und das Stadtklima verbessern, weiß Alexander Schmid vom Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung.**

**Herr Schmid, urbane Gärten sind total im Kommen. Was ist dran am Gärtnern in der Stadt?**

*Alexander Schmid:* Unsere Welt ist komplizierter geworden. Immer mehr Städter wünschen sich Orte, an denen sie sich zurückziehen können. Die urbanen Gärten bieten diese Möglichkeit. Hier kann man mit den Händen in der Erde etwas ganz Ursprüngliches machen. Die Einfachheit des Gärtnerns gibt Erdung – und entschleunigt.

**Urbane Gärten als Rückzugsorte.**

**Welche Funktion haben sie noch?**

Immer mehr Menschen wollen sich gesund und bewusst ernähren. Sie wollen wissen, wo ihre Tomaten und Zucchini herkommen. Außerdem ist so ein Garten wunderbar für Familien mit Kindern. Kinder lernen hier, wie Pflanzen wachsen und was es alles dazu braucht. Außerdem sind diese urbanen Gärten ein Ausdruck davon, dass sich die Menschen ihre Stadt zurückerobern. Die Gärten entstehen ja meist auf Brachflächen und ungenutzten Dächern, die dadurch wieder zu öffentlichen Plätzen und Treffpunkten werden. Diese Rückeroberung von Raum schafft Nähe und verbindet die Menschen mit der Stadt, in der sie leben.

**Wie viele solcher Gärten gibt es in Stuttgart inzwischen?**

Ich kenne rund zwölf. Ebene 0 auf dem Züblin-Parkhaus, der Stadtacker Wagenhallen, die Nachbarschaftsgärten am Stöckach oder das El Palito in Degerloch. Das Gärtnern ist immer der Kern. Drumherum entsteht aber oft noch viel mehr:

Es gibt Kulturveranstaltungen, gemeinsames Kochen mit den geernteten Lebensmitteln oder auch Beetpatenschaften für Kitas und Schulen. Und so wächst zwischen Tomaten und Salat auch die Gemeinschaft, generationsübergreifend und über Kulturen hinweg. Ein ganz aktuelles Beispiel dafür ist die Realisierung eines urbanen Gartens in Plieningen, der ein Gemeinschaftsgarten von Stuttgartern und Flüchtlingen werden soll.

**Von der Idee zum urbanen Garten – wie genau funktioniert das?**

Interessierte können sich per Mail oder telefonisch bei mir melden. Ich gebe dann Hilfestellung bei der Neugründung von Gärten, aber auch bei der Vernetzung – wenn etwa jemand zu einem bestehenden Gartenprojekt dazustoßen will. Zudem erfährt man bei mir, was alles gefördert werden kann. Das reicht von der Nutzbarmachung einer Fläche bis zu Schaufeln, Rechen und Harken.

Durch die Veranstaltungsreihe Gartenwerkstatt pflege ich einen engen Kontakt mit bestehenden und neuen Initiativgruppen und nehme Anregungen und Hinweise von den Leuten auf.

**Neben den urbanen Gärten sind Sie auch Ansprechpartner für das kommunale Grünprogramm. Welchen Mehrwert bringt es für die Stadt?**

Viel Grün in der Stadt bedeutet Gesundheit, Regeneration oder auch Adressbildung. Das kommunale Grünprogramm richtet sich deshalb nicht nur an Eigentümer, sondern auch an Mieter oder Mietgemeinschaften, die – mit Zustimmung der Eigentümer – ihr Wohnumfeld schöner machen wollen. Gleichzeitig wird auch das Stadtklima positiv beeinflusst, denn die Pflanzen binden Staub und Schadstoffe. Außerdem hilft Begrünung, die Hitze in den Sommermonaten etwas zu reduzieren. Und durch mehr Versickerungsflächen kann Niederschlagswasser in den natürlichen Kreislauf zurückfließen.

**Wie wird dieses Angebot wahrgenommen? Und wie funktioniert die Förderung?**

Erfreulicherweise gibt es schon sehr viele Interessierte, die ihre Hinterhöfe, Dächer oder Fassaden aufwerten wollen. Von der Stadt gefördert werden Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen in Höfen sowie die Begrünung von Dächern und Fassaden auf Flurstücken im gesamten Stadtgebiet, die zu 51 Prozent und mehr versiegelt sind. Um zu klären, was alles machbar ist, mache ich gerne Erstberatungen vor Ort. Wenn die Maßnahme dann vorläufig bewilligt ist, müssen die Eigentümer in Vorleistung gehen. Danach reichen sie alle Rechnungen bei uns ein und die Stadt erstattet bis zu 50 Prozent, maximal 10.000 Euro, der Planungs- und Herstellungskosten.

**Nun sind Sie seit knapp einem Jahr zuständig fürs Stuttgarter Grünprogramm. Wie soll es damit weitergehen?**

■ **ALEXANDER SCHMID** ist Landschaftsarchitekt, Dipl.-Ing. (FH), und lehrt an der Uni Stuttgart. Seit Juni 2014 ist er zudem Mitarbeiter der Landeshauptstadt Stuttgart beim Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung, Sachgebiet Finanzierungs- und Förderangelegenheiten, und betreut das kommunale Grünprogramm sowie die Förderung von urbanen Gärten.

■ **MEHR INFORMATION** übers urbane Gärtnern und die Hof-, Dach- und Fassadenbegrünung gibt es telefonisch bei Alexander Schmid unter 0711 216-20325 oder per Mail an [alexander.schmid@stuttgart.de](mailto:alexander.schmid@stuttgart.de). Die Richtlinie für das kommunale Grünprogramm steht samt Antrag online auf [www.stuttgart.de/gruenprogramm](http://www.stuttgart.de/gruenprogramm). Richtlinie und Antrag zur Förderung von urbanen Gärten in Stuttgart finden Sie unter [www.stuttgart.de/urbangardening](http://www.stuttgart.de/urbangardening).

Ich wünsche mir für die Stadt, dass beide Programme fortgeführt werden. Stuttgart steht es gut an, noch grüner zu werden. Und ich wünsche mir, dass jede Stuttgarterin und jeder Stuttgarter in Zukunft nur fünf Minuten laufen muss, um in einem urbanen Garten zu stehen. Das wäre wirklich schön!

*Das Interview führte Nicole Kiemel.*

Urbanes Gärtnern auf dem Stadttacker bei den Wagenhallen und auf dem Züblin-Parkhaus. Fotos: Landeshauptstadt Stuttgart, Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung



# Plastiktüte ade!?

Freiwilliger Verzicht auf Plastiktüten in Stuttgart – neue Impulse am Runden Tisch?

■ Die Bilder von verendeten Möwen, Fischen und Meeressäugern und die Nachrichten von richtigen Plastik-Riffen, die sich in unseren Ozeanen bilden, haben uns in letzter Zeit wieder wachgerüttelt. Auch an unseren europäischen Stränden können wir beim Baden oder Schnorcheln mit bloßem Auge immer mehr schwimmenden Plastikmüll entdecken. Obwohl wir alle wissen, dass Plastik aus Rohöl hergestellt wird und dass diese Kunststoffverbindungen rund 150 bis 500 Jahre brauchen, um wieder in ihre natürlichen Bestandteile zu zerfallen, produzieren wir jährlich weltweit eine Billion (1.000.000 Millionen) Plastiktüten und werfen sie arglos weg. Das übersteigt jede Vorstellungskraft!

**1.000.000.000.000 PLASTIKTÜTEN PRO JAHR** | Und wo landet das ganze Plastik? Auf und in unserer Erde, in den Meeren (jedes Jahr 7,5 Millionen Tonnen!), in den Mägen der Tiere und schließlich in unserer Nahrung. Die Plastiktüte ist also nicht nur Symbol einer Wegwerfmentalität, sondern auch ein alarmierender und sichtbarer Beweis dafür, dass das, was wir unserer Erde antun, sich gegen uns Menschen richten wird.

Neben den direkten Folgen für die Umwelt ist der immense Verbrauch von Kunststoff

außerdem eine beispiellose Ressourcen- und Energieverschwendung. Auch das Europäische Parlament ist alarmiert und hat sich zum Ziel gesetzt, den Plastiktütenverbrauch in der EU deutlich zu senken. Ende November 2014 stimmte der EU-Umweltausschuss einer neuen Richtlinie zum Tütenverbrauch zu. Mitgliedstaaten haben nun zwei Optionen: Entweder sie reduzieren die Anzahl der verbrauchten Plastiktüten auf durchschnittlich 90 pro Jahr und Bürger bis 2019 und auf 40 bis 2025, oder sie stellen sicher, dass ab 2018 keine kostenlosen Plastiktüten mehr zur Verfügung gestellt werden.

In Deutschland fallen derzeit laut Umweltbundesamt im Durchschnitt 71 Plastiktüten pro Kopf und Jahr an. Damit liegen wir im Moment noch unter dem Richtwert der EU, der aber nur noch bis 2019 gilt. Von den ab 2025 geforderten 40 Tüten pro Einwohner sind wir weit entfernt.

**RUNDER TISCH FÜR IDEEN UND MEHR HANDLUNGSDRUCK** | Dabei ist es so einfach. Wenn jeder einfach Stoff-/Jute- oder wiederverwendbare Tüten verwenden würde, wäre schon viel geholfen. Wir Grünen möchten einem plastikfreien Shopping-Gefühl in Stuttgart dringend auf die Sprünge helfen und unseren Teil im Kampf gegen die Plastiktüte leisten. Dem guten Beispiel anderer Gemeinderäte (z. B. Kiel) folgend, haben wir kürzlich beantragt, einen Runden Tisch einzuberufen. Dort wollen wir mit Einzelhandelsverbänden, der City-Initiative, den Wochenmarktbetreibern und weiteren Akteuren in Stuttgart die Möglichkeiten eines freiwilligen Verzichts auf Plastiktüten und Plastikverpackung analysieren und mit Nachdruck begleiten. Laut und deutlich (und natürlich höflich!) auf die ständig angebotenen Plastiktüten zu verzichten, kann in unseren Zeiten vielleicht bereits erste hilfreiche Signale senden.

Anna Deparnay-Grunenberg



■ *Eines Tages, so erzählt eine indianische Legende, brach ein riesiger Waldbrand aus. Bestürzt sahen alle Tiere ohnmächtig dem Wüten des Feuers zu. Allein der kleine Kolibri flog immer wieder mit ein paar Tropfen Wasser los, die er aus seinem Schnabel auf die Flammen fallen ließ. Nachdem das Gürteltier seinem lachhaften Treiben einige Zeit zugesehen hatte, rief es ihm zornig zu: „He, Kolibri! Bist du eigentlich noch ganz bei Trost? Mit deinen paar Tropfen Wasser wirst du dieses Feuer niemals löschen!“ Daraufhin sah ihm der Kolibri geradewegs ins Auge und sagte: „Das weiß ich. Aber ich tue, was ich tun kann.“*

aus „Wer sich ändert, ändert die Welt“, „Se changer, changer le monde“, von C. André, J. Kabat-Zinn, P. Rabbhi und M. Ricard



Foto: FotoHiero/pixelio.de

# Luftreinhaltung in Stuttgart braucht langen Atem

**Der Grenzwert für Feinstaub wurde am Neckartor bereits im April überschritten – Stuttgart ist also noch weit davon entfernt, die Grenzwerte einzuhalten. Aber die Richtung stimmt: Die Maßnahmen des Luftreinhaltungsplans wirken, die Luft ist besser geworden. Wir haben weitere Vorschläge.**

■ Am Neckartor sind die jährlichen Überschreitungen bei Feinstaub PM10 von 187 Tagen (2005) auf 64 Tage (2014) und bei NO<sub>2</sub> von 848 Stunden (2005) auf 36 Stunden (2014) gesunken. Das sind 65 bzw. 96 Prozent Rückgang. 2014 gab es bei allen Stuttgarter Messstationen sogar nur noch Überschreitungen am Neckartor. Inzwischen wird auch der Grenzwert bei PM<sub>2,5</sub> an keiner Messstation mehr überschritten. Das ist besonders erfreulich, denn je kleiner die Partikel sind, desto gefährlicher sind sie. Die Jahresmittelwerte von PM10 und NO<sub>2</sub> lagen ebenfalls unterhalb der Grenzwerte. Deutliche Erfolge also, auch wenn das Ziel noch nicht erreicht ist, alle Grenzwerte einzuhalten. Dies erfordert weiterhin große Anstrengungen. Deswegen wurden insbesondere im letzten Jahr im Bereich Verkehr zusätzliche Maßnahmen beschlossen und umgesetzt, um das Luftschadstoffproblem zu verringern. So förderte das Jobticket den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn. Der Mobilitätspakt mit der Region führt weiter zu einer Stärkung des ÖPNV in der Region, der das Rückgrat einer emissionsarmen Mobilität ist, und die angepasste Verkehrssteuerung auf der B14 wurde vor kurzem in Betrieb genommen.

Der Weg ist noch weit. Die Verringerung der Luftbelastung kann man nicht mit *einer* Maßnahme schaffen; dazu braucht es viele verschiedene Bausteine. Wir haben deshalb weitere Vorschläge gemacht, von denen wir uns eine Verbesserung der Luftqualität, aber auch Verbesserungen im Verkehrssystem versprechen. Zum Beispiel:

- Aktuelle Angabe der Luftschadstoffwerte, um die Bürgerschaft schnell zu informieren und auch Empfehlungen aussprechen zu können.
- Das Lkw-Durchfahrtsverbot gehört überwacht, sonst wirkt es nicht.

- Tempo 40 für weitere Steigungsstrecken, was zusätzlich den Lärm vermindert.
- Fuß-, Radverkehr und E-Mobilität fördern, denn städtischer Verkehr findet meist auf kurzen oder sehr kurzen Strecken statt. Pedelecs oder E-Bikes könnte man fördern, um den Umstieg in Gang zu bringen.
- Die Umrüstung von Heizungsanlagen in Verbindung mit energetischen Sanierungen unterstützen.
- Im Talkessel die Ausweisung einer Sonderspur für emissionsfreie Mobilitätsteilnehmer wie Elektroautos, E-Bikes, Pedelecs etc. prüfen, um hier dem sauberen Verkehr Vorfahrt zu geben.

- Ausweitung des Parkraummanagements,
- Sicherstellen eines Staub mindernden Baustellenmanagements,
- mehr Begrünungen in der Stadt,
- mehr Carsharing.
- Zukunftsfähige Innenstadtlogistik.
- Ein Parkleitsystem, das eingebunden ist in eine emissionsabhängige Verkehrssteuerung.
- ...

Unsere Vorschläge leisten einzeln nur einen kleinen Beitrag, könnten aber in der Summe doch eine große Wirkung entfalten. Wir sind auf einem guten Weg. Er ist noch lang.

*Peter Pätzold*

# Erfolgsmodell Jobticket

**Das VVS-Jobticket kommt gut an – nicht nur beim Arbeitgeber Landeshauptstadt Stuttgart. Inzwischen bezuschussen bereits an die 180 Unternehmen im Verbundgebiet das Jobticket ihrer Beschäftigten und bescherten dem VVS dadurch viele Neukunden. Das lässt sich noch steigern: Ein stärkeres Entgegenkommen des VVS bei der Rabattierung würde den Umstieg auf den ÖPNV zusätzlich vergrößern.**

■ Allein bei der Stadt Stuttgart konnten bis Ende 2014 über 4.500 zusätzliche Jobticket-Abos abgeschlossen werden. 4.500 Neukunden, die neben den 5.450 städtischen Bestandskunden nun öfter oder regelmäßig mit Bus und Bahn zur Arbeit fahren und so einen aktiven Beitrag leisten für bessere Luft und weniger Lärm in der Stadt. Ganz nebenbei erhöhen sich dadurch die Einnahmen der Verkehrsbetriebe und verbessern deren Investitionsfähigkeit. Derzeit muss ein Arbeitgeber mindestens zehn Euro Zuschuss bezahlen, um für seine Beschäftigten im Gegenzug zusätzliche fünf Prozent Rabatt zu bekommen. Bei einer Erhöhung dieses Zuschusses (z. B. auf den durchschnittlichen Zuschuss von ca. 28 Euro des Arbeitgebers Stadt Stuttgart) gibt es – die Zahlen zeigen es – eine deutlich höhere

Anreizwirkung zum Umstieg auf den ÖPNV und damit auch deutlich mehr Neukunden und deutlich höhere Erlöse bei den Verkehrsunternehmen als beim Mindestzuschuss. Diese zusätzlichen Neukundengewinne werden aber im Rabattsystem des VVS bisher nicht honoriert; die Unternehmen profitieren von diesem höheren, über den Mindestbeitrag von zehn Euro hinausgehenden Beitrag zur Kundenakquise nicht.

**MIT AUSBAUPOTENZIAL!** | Wir finden, das muss sich ändern, auch weil durch ein stärkeres Entgegenkommen des VVS bei der Rabattierung der Hebeleffekt dieses Anreizes zum Umstieg auf den ÖPNV vergrößert würde. Mehr Unternehmen würden ein Jobticket anbieten, und die Bereitschaft würde steigen, höhere Zuschüsse als den Mindestzuschuss zu gewähren. So könnte die Rabattierung wie heute bei einem Mindestzuschuss von zehn Euro mit zehn Prozent beginnen und dann in Fünf-Euro-Zuschussstufen um jeweils zwei Prozent ansteigen. Verkehr, Umwelt und die ÖPNV-Unternehmen würden von einem solchen attraktiveren Rabattsystem profitieren.

*Jochen Stopper*





## GEWERBE

# Gegen Armuts- und Zwangsprostitution: OB legt Konzept vor

Gewerbe im Leonhardsviertel. Foto: Robert Hintz

Seit Einführung des Prostitutionsgesetzes 2002 hat sich die Lage von Frauen aus dem Gewerbe überwiegend verschlechtert. Das Fehlen eines wirksamen Rechtsrahmens zum Schutz vor Ausbeutung hat zu mitunter katastrophalen Arbeitsbedingungen geführt. Oberbürgermeister Fritz Kuhn steuert nun gegen – mit einem Konzept gegen Zwangs- und Armutsprostitution in Stuttgart. Änderungen auf Bundesebene müssen dennoch dringend her!

■ Dieser Tage erhielten wir StadträtInnen ein Schreiben besonderer Art: Ein Stuttgarter Bordellbetreiber lud uns ein zum „Tag der offenen Tür“ in seinen beiden Betrieben im Leonhardsviertel. Er wolle „die Möglichkeit geben, einmal hinter die Fassaden eines Bordellbetriebs zu blicken und einen kleinen Einblick in den Tagesablauf eines solchen Betriebes gewähren.“ Nun erfordert die überschaubare Komplexität des Gewerbes sicherlich nicht so viel Phantasie, um sich diesen Ablauf nicht auch ohne Vor-Ort-Besuch einigermaßen vorstellen zu können. Das wirklich Absurde an dieser befremdlichen Einladung ist aber, dass in Deutschland an einer solchen Offerte nichts Anstößiges ist. Prostitution und der Betrieb eines Bordells sind, rein rechtlich betrachtet, ganz normale Erwerbstätigkeiten.

Die Realität vieler Prostituiertes sieht aber ganz anders aus. Seit der Einführung des Prostitutionsgesetzes hat sich ihre Lage überwiegend verschlechtert, nicht zuletzt durch den Zustrom junger Frauen aus Südosteuropa. Der so gewachsene Konkurrenz-

druck und das Fehlen eines wirksamen Rechtsrahmens zum Schutz vor Ausbeutung und zur Regulierung des Gewerbes haben vielfach zu katastrophalen Arbeitsbedingungen und Dumpingpreisen geführt.

**PROFITEURE DER LIBERALISIERUNG: IN FEINER GESELLSCHAFT** | Profitiert von der Liberalisierung haben fast nur die Hintermänner des Milieus. Sie zählen ihr Geld oft nicht mehr in zwielichtigen Bars, sondern in gutbürgerlichen Villen und großräumigen Büroetagen. Sie leisten sich erstklassige Werbeagenturen, Innenarchitekten, Rechtsanwälte und Steuerberater. Nicht zu vergessen die unzähligen Hauseigentümer, die als angesehene Mitglieder der Gesellschaft mit der Verpachtung an Betreiber von Laufhäusern und Bordellbetrieben und mit gewerblicher Zimmervermietung horrend Summen verdienen. Ob auch die Millionen männlicher Kunden zu den Profiteuren des Prostitutionsgesetzes zu zählen sind, darf allerdings bezweifelt werden – von der Ausbreitung sexuell übertragbarer Krankheiten wie HIV, Chlamydien, HPV, Gonorrhö und Syphilis ganz zu schweigen.

**EIN KONZEPT FÜR STUTTGART – VON IMMOBILIENSTRATEGIE ÜBER BERATUNGS- UND AUSSTIEGSANGEBOTE BIS PR-KAMPAGNE** | Mit dem Konzept zur Verbesserung der Situation der Prostituierten in Stuttgart, das der OB Ende 2014 präsentiert hat, liegt nun eine umfassende Strategie vor, wie Verwaltung und Politik gezielt an einer Verbesserung der Situation arbeiten können. Neben einer Immobilienstrategie für das Leonhardsviertel, den An-

lauf- und Beratungsstellen „La Strada“ und „Café Strichpunkt“, Sozialarbeit, Ausstiegsprogrammen sowie den Angeboten zur medizinischen Beratung, Prävention und Versorgung gehört auch eine öffentliche Kampagne gegen Zwangs- und Armutsprostitution dazu.

**BUNDESGESETZGEBER IST AM ZUG!** | Auch wenn das Konzept die ganze Bandbreite der kommunalen Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung von Armuts- und Zwangsprostitution umfasst: Ohne gesetzgeberische Aktivitäten auf Bundesebene bleibt auch Stuttgart nur ein Reparaturbetrieb. Gebraucht werden wirkungsvolle gesetzliche Grundlagen und finanzielle Mittel zur Bekämpfung von Zwangsprostitution und Ausbeutung. Notwendig wäre etwa die Heraufsetzung des Mindestalters für Prostituierte auf 21 Jahre, ein geregelter Zugang zum Gesundheitssystem, finanzielle Mittel für Beratungs- und Ausstiegsprogramme und ein Rechtsrahmen für Prostitution und Prostitutionsstätten, der eine Kontrolle der Arbeitsbedingungen ermöglicht.

Doch Schwarz-Rot im Bund scheint entgegen der Ankündigungen im Koalitionsvertrag mit dieser Aufgabe überfordert. Es bleibt also auch in diesem Bereich dabei, dass die Kommunen im Rahmen ihrer freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben und damit auf eigene Kosten versuchen müssen auszulöffeln, was der Bund versäumt.

Jochen Stopper

# Was hilft wirklich gegen Wohnungsnot?

■ Zum Stichtag 31.12.2014 ist die Einwohnerzahl der Landeshauptstadt auf rund 600.000 Einwohner gestiegen. Das ist sehr erfreulich, denn es zeigt, dass unsere Stadt attraktiv ist und die Menschen gerne hier leben. Eine große Herausforderung für die Kommunalpolitik ist es daher, auf die Nachfrage nach Wohnraum zu reagieren und für ein größeres Angebot zu sorgen. Da es sich bei diesen ausbildungs- und arbeitsmarktbedingten Zuzügen vor allem um junge Gründerhaushalte handelt, ist es besonders wichtig, mehr preisgünstigen Wohnraum für Familien zu schaffen. Hier sticht das Bauprogramm der SWSG für 2015 hervor: 380 Neubau-Mietwohnungen wird das städtische Unternehmen errichten, davon 175 dringend benötigter öffentlich geförderter Wohnraum. Aber: Die Zahl der Flächen, die zur Umnutzung für Wohnungsbau ver-

wendet werden können, geht zurück. Würde Stuttgart 21 nicht gebaut, stünde auf dem nun als Logistikfläche verwendeten B-Areal gerade rechtzeitig ein Entwicklungsgebiet für 3.500 Wohnungen bereit.

**FLÄCHEN FLOTTER BAUREIF MACHEN, LEERSTAND VERMEIDEN!** | Nun droht eine Durststrecke, denn durch die Verzögerungen beim Megaprojekt der Bahn kann das Rosensteinareal erst ab 2025 entwickelt werden. Wir setzen daher weiter darauf, dass es bei der Baureifmachung der anderen Flächen flotter vorangeht. Und dass von den Kommunen im Verband Region Stuttgart endlich Landesmittel für den Bau von Sozialwohnungen abgerufen werden, denn auch das gehört dazu, wenn regionale Lösungen für das Wohnungsproblem gefordert werden. Und was hilft sonst noch gegen Wohnungsknappheit? Da in Stuttgart eher Büro-

in Wohnraum umgewandelt wird und auch die Umwandlung in Ferienwohnungen nicht die Rolle spielt wie in Freiburg, stehen wir der Einführung einer Verordnung gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum reserviert gegenüber. Die künftig auf dem angespannten Stuttgarter Wohnungsmarkt geltende Mietpreisbremse und die Senkung der Kappungsgrenze von 20 auf 15 Prozent zügeln zumindest den Mietanstieg bei der Neuvermietung von Bestandswohnungen und bei laufenden Mietverhältnissen. Wir glauben, dass sich die Stuttgarter Wohnungseigentümer trotzdem von der aktuellen Kampagne des Oberbürgermeisters zur (Wieder-)Vermietung sowie von der Plakatkampagne „Eigentum verpflichtet – Leerstand vermeiden!“ ansprechen lassen und bisher leerstehende Wohnungen wieder vermieten. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse!

*Silvia Fischer*

# Es geht voran – ein Appell für Inklusion

**Die Sonderschulpflicht gibt es ab dem kommenden Schuljahr nicht mehr. Der Ministerrat hat am 24. Februar 2015 den Gesetzentwurf zur Regelung inklusiver Bildungsangebote zur Anhörung freigegeben. Eltern von Kindern mit Behinderungen können künftig entscheiden, ob sie ihr Kind in eine allgemeine Schule oder in eine Sonderschule schicken. Ein Schritt in die richtige Richtung.**

■ Für uns Grüne ist die neue Wahlmöglichkeit für Eltern eine logische Weiterentwicklung der Schulgesetzgebung mit dem Ziel, eine Gesellschaft zu gestalten, in der es selbstverständlich ist, dass Menschen mit und ohne Behinderung zusammenleben. Dass Inklusion mittlerweile nichts gänzlich Neues mehr ist, ist sehr erfreulich. Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen besuchen auch jetzt schon relativ problemlos allgemeine Schulen – von der Grundschule bis zum Gymnasium. Neu ist jetzt der zieldifferente Unterricht, der es möglich macht, dass

nicht alle Schülerinnen und Schüler im Unterricht die gleichen Lernziele verfolgen, sondern jeweils ihre eigenen, individuellen Lernziele haben. Daneben wird es aber auch in Zukunft besondere Einrichtungen und Schulen für Menschen mit Handicap geben. Denn in Sonderschulen wird im Sinne der Teilhabemöglichkeit viel für Kinder und Jugendliche mit Behinderung getan.

**KLAR IST: INKLUSION KOSTET ...** | Dass es die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nicht zum Nulltarif gibt, ist keine Überraschung. In vielen Schulen scheitert Inklusion nicht nur an baulichen Barrieren. Auch die Lehrkräfte müssen besser ausgebildet und die Zahl der Lehrerstellen erhöht werden. Dafür gibt es nun dank der grün-roten Landesregierung eine finanzielle Unterstützung von über 100 Millionen Euro.

Doch trotz dieser finanziellen Ausstattung ist es für die Länder und Städte schwierig, beim Thema Inklusion noch besser voranzukommen. An dieser Stelle ist der Bund gefragt, der endlich das lange versprochene

Bundesteilhabegesetz auf den Weg bringen muss, um Länder und Kommunen finanziell zu entlasten.

**... UND IST NOCH IMMER NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH.** | Neben all den finanziellen und gesetzlichen Hürden ist entscheidend, welche Haltung gegenüber den Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung innerhalb unserer Gesellschaft eingenommen wird! Wir sehen diesen gesellschaftlichen Diskurs noch am Anfang und wollen ihn unbedingt auf alle Lebensbereiche ausweiten, ihn also nicht auf den Bereich Schule reduzieren. Unser Ziel ist es, dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Zukunft überall selbstverständlich ist. Mit der neuen Regelung inklusiver Bildungsangebote ist ein großer Schritt getan. Nun muss es weitergehen.

*Vittorio Lazaridis*



## Spätzle mit Soß' und die Biotonne

■ Was haben Spätzle mit Soß' mit der Biotonne zu tun? Spätzle mit Soß' (Dr. Heß von der Abfallwirtschaft Stuttgart AWS hat das Gericht zum Paradebeispiel erkoren – kein Angriff auf die schwäbische Seele also!) schmecken der Biotonne ebenso gut wie Kerngehäuse von Äpfeln oder Rasenschnitt oder der Breirest der Kleinen. Alle Reste von Tellern und aus Töpfen dürfen und sollen in die braune Tonne. Die gute Biomüllmischung macht den guten Kompost und wird einmal bestes Futter für die geplante Biovergärungsanlage.

**VIEL ZU VIEL LANDET IN DER RESTMÜLLTonne.** | Nicht falsch verstehen: Ich halte es für wichtig, nur so viel zu kochen, wie auch gegessen werden kann, oder eben auch einmal ein Resteessen zu kreieren. Wenn aber doch etwas übrig bleibt, dann ab damit in die Biotonne. Zu viele welke Salatblätter und Brotreste wandern, wo es heute schon die braune Tonne gibt, trotzdem in die graue Restmülltonne. Etwa 17 Kilogramm pro Haushalt pro Jahr werden falsch entsorgt und landen unnötigerweise in der Müllverbrennung. Schade darum, denn daraus könnte wertvoller Humus und zukünftig auch Energie gewonnen werden.

Seit 1996 gibt es in Stuttgart die freiwillige Teilnahme an der Biotonne. Ca. 37 Prozent der Häuser hier sind an die Bioabfallsammlung angeschlossen. Seit dem 1.1.2015 ist die getrennte Sammlung sämtlicher Bioabfälle, zu denen alle flüssigen und festen Nahrungs- und Küchenabfälle sowie Gartenabfälle zählen, gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz bundesweit Pflicht. Seit Jahresbeginn wird deshalb die braune Tonne sukzessive in Stuttgart flächendeckend eingeführt.

Die bisherigen Ankündigungen über die Einführung der Pflicht-Biotonne von 2015 bis 2017 an sorgten bei den BürgerInnen für Irritationen und Unverständnis. Deshalb haben wir Grünen in einem Antrag akzeptanzfördernde Maßnahmen angeregt. Wir wollen, dass die Bürger aus Überzeugung die Biotonne bestellen. Deshalb müssen die Ausnahmegenehmigungen für

Eigenverwerter (Kompost) flexibel gehandhabt werden. In den dicht bebauten Innenstadtbereichen können nicht überall neue Tonnen aufgestellt werden. Eine gemeinsame Tonne mit Nachbarn wäre eine Alternative, die eine Umsetzung der Biotonnenpflicht fördert. Eine zu enge Auslegung der Vorgaben bestraft diejenigen, die seit Jahren verantwortungsbewusst kompostieren und sich schon heute um eine gute Verwertung der Bioabfälle kümmern. Für diese Personengruppe sollte eine einfache Erklärung genügen.

**NACHBARN KÖNNEN SICH NUN TONNEN TEILEN.** | Unser Antrag zeitigte bereits Erfolg: Bei beengten Platzverhältnissen können Nachbarn eine sogenannte Behältergemeinschaft bilden – nicht nur für Bioabfälle, sondern auch für Altpapier! Wer mehr wissen möchte, den informiert der Kundenservice der AWS mit einer separaten Hotline, mit dem Faltblatt „Bioabfall – zu schade für den Müll“ und unter [www.stuttgart.de/bioabfall](http://www.stuttgart.de/bioabfall).

Und was besonders erfreulich ist: Wer dank der Biotonne seinen Restmüll reduziert, spart Geld. Die Bio- ist deutlich günstiger als die Restmülltonne.  
*Gabriele Munk*



*Das Pilotprojekt umfasst neun Standorte. In Stuttgart-Ost: Hackstraße 2/1, Ostendstraße 65. In Stuttgart-Mitte: Breite Straße 2, Hirschstraße 22, Nadlerstraße 19, Theodor-Heuss-Straße 24 und 34. Stuttgart-West: Schlossstraße 52 und Hasenbergstraße 50. Michael Williams, Vertreter des Jugendrats Stuttgart, und Björn Peterhoff weihen auf der Theodor-Heuss-Straße den ersten Stuttgarter Pfandring ein. Foto: K. Leberherz*

## Pfand gehört daneben!

**Sozial, ökologisch – und in Stuttgart bald alltäglich?**

■ Pfandringe haben einen sozialen Aspekt: Sie verhindern, dass Pfandsammler im Müll wühlen müssen, um an Pfandflaschen und -dosen zu kommen. Und sie haben einen ökologischen Aspekt: Hochwertiges Altglas und Aluminium werden von vornherein separat gesammelt und dem Mehrwegsystem wieder zugeführt. Aus diesen Gründen wurden Pfandringe lange von Grüner Jugend, Jugendrat wie auch der grünen Fraktion gefordert. Im Februar war es dann endlich so weit: Auf Initiative von WeWant, einem jungen Unternehmen, das die Testpfandringe finanziert, startete gemeinsam mit der Abfallwirtschaft Stuttgart ein Pilotprojekt an ausgewählten Standorten. Auf Basis des Ergebnisses wird dann im Sommer entschieden, ob Pfandringe in Stuttgart großflächiger eingeführt werden.

Wir konnten dafür sorgen, dass im Bereich des Hans-im-Glück-Brunnens, einer sehr belebten Stelle in der Innenstadt, drei weitere Standorte getestet werden. Endlich wagt auch die Stadt Stuttgart den Schritt, Pfandringe zu testen. Hoffentlich mit Erfolg!  
*Björn Peterhoff*



# Jetzt geht's aufwärts!

Im April hat der Gemeinderat die Änderung der Stellplatzabläse für Clubs beschlossen. Klingt unspektakulär, hat aber große Bedeutung für die weitere Entwicklung der Stuttgarter Clublandschaft!

■ Bereits vor drei Jahren machte die Grüne Jugend mit der Veranstaltung „Rettet die Clubkultur!“ auf die Situation aufmerksam: Nach dem Weggang des Rocker33 aus dem H7 und der Schließung von Röhre und Landespavillon war klar, dass Konzertflächen mittlerer Größe in Stuttgart fehlen. An die Stadt formulierte sie daher zwei Kernforderungen: Es müssen mehr Freiräume für Clubs und Kultur geschaffen werden, und die Hürden für die Eröffnung von Clubs müssen sinken. Daran arbeitet die grüne Fraktion konsequent. So werden durch das Zwischennutzungsmanagement Flächen bereitgestellt, und auch die beschlossene Konzeptvergabe trägt dazu bei, dass Bauprojekte mit kulturellen Nutzungen eine größere Chance erhalten.

Die Zustimmung zur Änderung der Stellplatzabläse ist daher nur konsequent, denn sie senkt die Hürde zur Eröffnung von Clubs. Mehr Clubs werden öffnen, und ihnen bleibt mehr Geld für Brand- und Lärmschutzmaßnahmen. Außerdem wird eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Nutzungen beseitigt: Gaststätten etwa konnten die Stellplatzabläse bei einer guten Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr um 70 Prozent senken, Clubs nicht. Vor allem wegen des guten ÖPNV-Angebots auch nachts war das nicht nachvollziehbar.

Die Änderung der Stellplatzabläse für Clubs ist daher so zeitgemäß wie sinnvoll und wird zu einer Stärkung der Stuttgarter Clubkultur führen. Gut so, denn sie ist nicht nur ein Standortfaktor, sondern für viele auch ein Stück Lebensgefühl und ein Grund, sich mit dieser Stadt zu identifizieren. Dass es aufwärts geht, sieht man an den geplanten Neueröffnungen. | **WIR FREUEN UNS DRAUF!**

*Björn Peterhoff*

# Rosenstein: Quartier der Zukunft

**BürgerInnen planen für BürgerInnen. Was passiert auf den Flächen von Stuttgart 21 und wie stellen wir uns „Stadt“ in Zukunft vor? Auf Vorschlag des OBs soll sich die heutige Stadtgesellschaft darüber verständigen und im Rahmen einer informellen Bürgerbeteiligung über das Leben und Arbeiten in der Stadt von morgen und die Gestaltung ihrer Quartiere nachdenken, diskutieren und auch streiten.**

■ Die jetzt startende informelle Bürgerbeteiligung soll die Grundlage für eine zukünftige Stadtplanung auf den Flächen von Stuttgart 21 schaffen. Dabei handelt es sich nicht, wie der Titel möglicherweise suggeriert, um die Flächen des neuen Rosensteinviertels, also C und B, sondern auch um die anderen Flächen: A2, A3 und D. Viele Themen und Fragestellungen verlangen schon heute nach Antworten; etwa die Frage, wie man gemischte Nutzungen in städtebauliche Strukturen umsetzen will, oder wie man mit den denkmalgeschützten Brückenbauwerken im Nordbahnhofviertel umgeht. Aber auch, was mit der Gäubahnstrecke (Fläche D) passiert, oder wie eine Parkerweiterung wirklich aussehen soll und kann.

**SPANNENDE FRAGEN!** | Eine zentrale und spannende Frage wird sein, wie sich ein neues Stadtquartier zwischen dem bestehenden Nordbahnhofviertel und den künftigen Wagenhallen entwickeln kann. Vor allem, wie die Wagenhallen und deren kulturelle Nutzung in ein neues Stadtquartier eingebunden werden können. Man darf sie dabei nicht nur als „Lärmquelle“ sehen, sondern als besonderen, belebenden kulturellen Baustein, der den Charakter und die Adresse eines solchen Stadtquartiers positiv belegen kann.

„Informelle Bürgerbeteiligung“ ist Verwaltungsdeutsch und hört sich sehr sperrig an. Aber dahinter steckt ein Prozess, der eben nicht durch einen Bebauungsplan oder einen Rahmenplan beengt ist, sondern erst einmal frei Ideen sammelt. Dabei werden sicher auch die bisherigen Ideen und Planungen nicht außen vor gelassen, aber er schafft die Möglichkeit, neu und auch aus anderen Blickwinkeln die Flächen zu betrachten. Ob daraus dann eine Internationale Bauausstellung (IBA), auch mit regionalem Bezug, entstehen kann, wird zu diskutieren sein. Das hängt aber stark von einem möglichen Leitthema einer IBA ab, denn durch sie sollen ja Impulse für die Zukunft gesetzt und neue Ideen entwickelt werden. Ein mögliches Thema wäre die gemischte Nutzung – und das nicht nur unter dem Aspekt Arbeiten und Wohnen, sondern auch mit Blick auf das Zusammenleben verschiedener sozialer Schichten.

**IMPULSE ÜBER DIE S21-FLÄCHEN HINAUS** | Diese grundsätzliche Diskussion um die Stadt an sich, um zukünftige Urbanität, um Gestaltung, Nutzungen oder auch Wohnstrukturen, wird mit Sicherheit auch Auswirkungen auf andere Planungen in der Stadt haben. Eine spannende und reizvolle Aufgabe, welche die Stadtverwaltung nun vorbereitet – mit dem Prozess soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Und dann eine lohnende Aufgabe für alle Bürgerinnen und Bürger, Architekten, Stadtplaner etc., denn gute Stadtplanung ist eine gemeinsame Anstrengung aller in der Stadt. Der Diskurs dazu wird mit dem Rosensteinprozess eröffnet. Wir erhoffen uns gute Diskussionen und Ideen für unsere Stadt.

*Peter Pätzold*

# „St. Galler Wireless“ als Vorbild für Stuttgart

**Innovative Mobilfunkversorgung: weg von den großen Mobilfunkantennen, hin zu vielen kleinen Funkzellen. Sie brauchen weniger Energie und senken deutlich die Strahlenbelastung.**

■ Alle sechs bis zehn Monate verdoppeln sich die Datenraten, die wir auf unsere Smartphones, Tablets und Rechner laden oder ins Netz stellen. Die Übertragungsnetze kommen deshalb immer schneller an ihre Grenzen und die Mobilfunkbetreiber mit der Nachrüstung der Mobilfunkantennen nicht nach. Mit einer Nachrüstung, die wir in dieser Form nicht mehr wollen, weil sie mit einer immer stärkeren Strahlenbelastung der Anwohner einhergeht. Es gibt immer mehr Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern. Sie wollen keine weiteren Mobilfunkanlagen in ihrem Wohnumfeld.

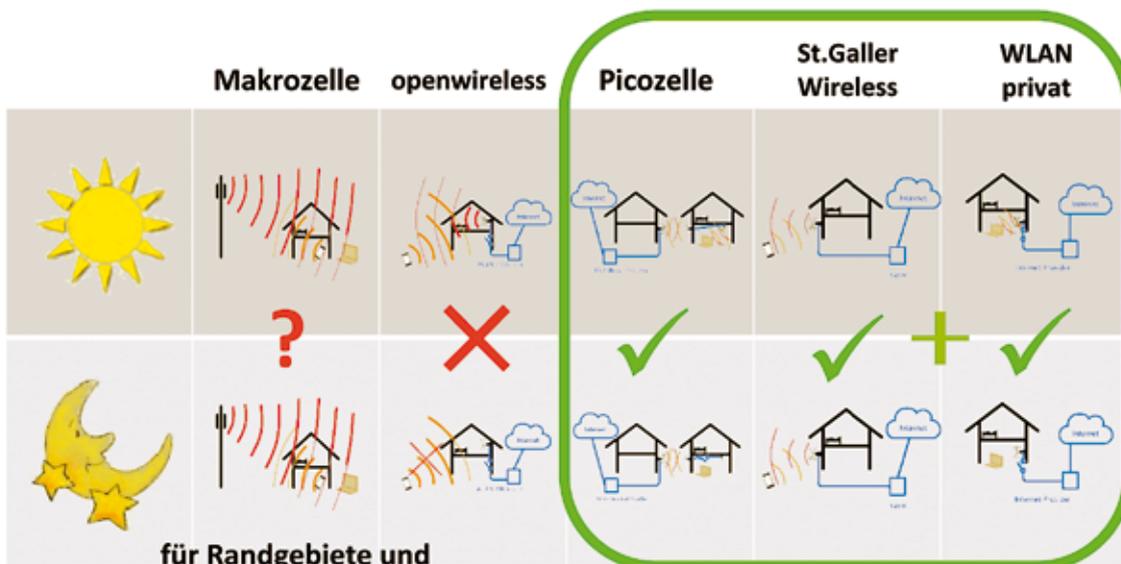
**DINOSAURIERTECHNIK** | Jörn Gutbier, grüner Stadtrat aus Herrenberg, bezeichnet große, stark strahlende Mobilfunkantennen als „Dinosaurier-Technologie“, vergleichbar mit einer Straßenbeleuchtung via Flutlicht. Man stelle sich vor: Im Stuttgarter Westen gäbe es anstelle vieler hunderter Straßenlaternen nur wenige riesige Flutlichtanlagen, die nachts hell und grell leuchten müssen, damit auch in den kleinen Nebenstraßen noch ein wenig Licht ankommt. Genauso absurd funktioniert die derzeitige Mobilfunktechnik. Die Abstrahlleistung der Funkmasten ist so ausgelegt, dass sie alle Dämpfungswiderstände wie Hauswände

und Bäume überwindet, damit auch noch in kilometerweiter Entfernung im Keller mobil telefoniert werden kann. Aber es geht auch anders! Mehr Daten können bei wesentlich geringerer Strahlung und besser übertragen werden. Im Dezember letzten Jahres war eine Delegation von Grünen und Vorständen des Diagnose-Funk e.V. in St. Gallen, um sich über das dortige Mobilfunkkonzept zu informieren. Organisiert wurde die Reise von unserem für Mobilfunk zuständigen grünen Landtagsabgeordneten Thomas Marwein. In der Schweiz sind die Grenzwerte für Mobilfunkstrahlung wesentlich niedriger als in Deutschland. Um weiterhin dem Gesundheitsschutz und auch einer optimalen Datenübertragung Rechnung tragen zu können, wurde in der Innenstadt von St. Gallen im Jahr 2011 vom Leiter des Amtes für Umwelt und Energie, Harry Künzle, das Projekt „St. Galler Wireless“ ins Leben gerufen.

**SCHWEIZER KONZEPT IM STUTTGARTER RATHAUS PRÄSENTIERT** | Das Prinzip ist eigentlich ganz einfach: In der St. Galler Innenstadt gibt es viele kleine Sendeanlagen, die nur wenige Zentimeter groß sind und an Häusercken oder an Laternen angebracht sind. Mit diesen vielen kleinen Funkzellen wird die Funkstrecke kurz gehalten und damit die Strahlung minimiert. Außerdem können wesentlich mehr Daten übertragen werden. Alle Smartphone- oder Tablet-Nutzer können kostenlos über das städtische WLAN-Netz kommunizieren und werden intern auf den jeweiligen Provider umgelenkt. Aufgrund der vielen kleinen Funkzellen können mit minimaler Leistung – die Akkus müssen deutlich seltener geladen werden – und wesentlich geringerer Strahlenbelastung Daten und Telefongespräche übertragen werden als mit den großen Makroanlagen. Der St. Galler Umweltamtsleiter Harry Künzle war auf Einladung der Grünen und SÖS-Linke-Plus im Rathaus und hat das Projekt einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Clarissa Seitz

## ■ WENIGER STRALUNG MIT MEHR ANTENNEN – ÜBERSICHT NETZWERKARCHITEKTUREN



Über kleine und kleinste Sender (Pico-, Femtozellen) lassen sich Stadträume besser erschließen als durch große Funkmasten (Makrozellen). Besser heißt hier: zuverlässig, schnell, sicher, mit geringerem Energieaufwand (der Akku hält deutlich länger) und nicht zuletzt mit deutlich geringerer Strahlenbelastung. Weiterer Vorteil: Nachts können alle selbst entscheiden, ob sie ihr WLAN noch benötigen oder doch besser ausschalten.

Quelle: Harry Künzle, Stadt St. Gallen



Jugendfarm Möhringen. Foto: Robert Hintz

## SCHULE

# Naturerfahrung in der Ganztagsbetreuung

■ In Stuttgart haben wir flächendeckend immer mehr Grundschulen, die Ganztagesunterricht anbieten; die Nachfrage danach bleibt konstant. Wir begrüßen den Ausbau des Ganztagsangebots und auch, dass Schüler und Eltern sich zwischen Ganztags- und Halbtagschule entscheiden können. Im Ganztagsunterricht sind an den Nachmittagen freizeit- und bildungspädagogische Angebote integriert. Sie werden in Verbindung mit den Schulen und einem freien Träger der Jugendhilfe geschaffen. Sehr gut funktioniert bereits die Einbindung von Sportvereinen in die Schulen. Modellprojekte mit kulturschaffenden Vereinen laufen jetzt an. Ansonsten gibt es viele von Schule zu Schule unterschiedliche Projekte und Angebote.

### JUGENDFARMEN INTEGRIEREN! |

Natürlich ist es uns ein Anliegen, dass auch die Kinder in der Großstadt die Möglichkeit bekommen, ausgeprägte Erlebnisse in der Natur haben zu dürfen. Angebote für Kinder im Grundschulalter wie freies Spiel, offene Angebote und Naturpädagogik, stellen einen wichtigen Baustein in ihrer Entwicklung dar. Derartige Angebote bieten die 22 in Stuttgart ansässigen Jugendfarmen und Abenteuerspielplätze mit jahrzehntelanger Erfahrung. Die Jugendfarmen haben bereits 2012 einen gemeinsamen Entwicklungsprozess mit freien Trägern und Jugendamt begonnen. Viele haben sich konzeptionell weiterentwickelt und z. B. gut ausgestattete, moderne Küchen für das Mittagessen angeschafft oder Räume für die Hausaufgabenbetreuung organisiert. Trotzdem scheint es nur einigen wenigen Schulen zu gelingen, die Jugendfarmen mit ihren naturnahen Angeboten in den Nachmittagsunterricht zu integrieren. Hier versuchen wir jetzt als grüne Fraktion, die Angebote der Jugendfarmen mit den Bedürfnissen der Schulen zusammenzubringen und für die Kinder eine naturnahe und ganzheitliche Pädagogik zu fördern.

Gabriele Nuber-Schöllhammer



## GEWERBEGEBIETE

# Vergessene Stadträume?

Geht es um Flächennutzung in Stuttgart, steht derzeit der Wohnungsbau im Vordergrund. Wo bleiben die Gewerbegebiete?

■ Die Sensibilisierung für Umweltbelange, Klimawandel und Nachhaltigkeit in der Planung nehmen in ganz Deutschland die Potenziale bestehender Gewerbe- und Industriegebiete ins Blickfeld. Bereits Anfang 2013 beantragten wir gemeinsam mit der SPD, ein Gewerbeflächenkonzept zu erarbeiten. Die Fachverwaltung entgegnete, dass beabsichtigt sei, ein Entwicklungskonzept für Wirtschaftsflächen zu erstellen und die Zeitstufenliste für Gewerbe fortzuschreiben. Diesen März haben wir hierzu einen Bericht mit Bestandssituation, Analysen und Prognosen für 2030 erhalten. Demnach hat Stuttgart im Vergleich zu anderen Großstädten mit 15 Prozent den höchsten Anteil an produzierendem Gewerbe. Es heißt dort aber auch, dass die Nachfrage in Richtung Mischflächen gehen wird, d. h. Flächen für produzierendes Gewerbe in Verbindung mit Dienstleistungsbereichen.

### INNENENTWICKLUNG GEHT VOR! |

13 Prozent der Siedlungsfläche wird derzeit gewerblich genutzt. Vorhanden sind 243 Potenzialflächen mit 322 Hektar. Für das Zieljahr wurde ein Bedarf von rund 148 Hektar vorhergesagt – dies wäre weniger als die Hälfte des vorhandenen Potenzials und damit der Beleg, dass keine Außenbereiche bebaut werden müssen, wie CDU und AfD immer wieder vorschlagen. Flächen gewinnen durch Innenentwicklung birgt eine höhere Problemdichte – auch bei gewerb-

lichen Flächen. Aber diese Anstrengungen sind notwendig, um unseren Naturraum zu schützen. Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, den Druck auf die grüne Wiese zu verhindern.

Klar ist: Den Zahlenspielen und theoretischen Ansätzen müssen konkrete Maßnahmen folgen. Es sind verschiedene Szenarien durchzuspielen; z. B. der Wandel der Automobil- zur Mobilitätsindustrie oder der Umgang mit neuen Energietechniken.

### VIEL VERBESSERUNGSPOTENZIAL |

Unsere Gewerbegebiete leiden an Qualitätsmängeln und sind größtenteils nicht mehr zeitgemäß. Die WIV (Wirtschafts- und Industrievereinigung) fordert seit langem, neben einem Mobilitätskonzept und der technischen Infrastruktur die Versorgung und Aufenthaltsqualität gemäß heutigen Anforderungen zu verbessern.

Wir Grünen erkennen außerdem die notwendige Verbindung der drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales in Gewerbegebieten. Wir stehen für einen ressourcenschonenden Umgang mit Flächen und für Strategien der Nachverdichtung. Eine effektive Flächennutzung und die Entwicklung nachhaltiger Gewerbegebiete, die neue Technologien wie auch die Anforderungen der dort arbeitenden Bevölkerung berücksichtigt, unterstützen wir. Das bedeutet auch, vor Ort Kinderbetreuung, Sport und Erholung zu ermöglichen.

Beate Schiener



# Behinderung im medizinischen System!

**Stuttgarter Studie zeigt: Menschen mit Handikap haben einen schlechteren Zugang zu ärztlicher Versorgung.**

■ Gesundheit und deren Erhalt hat für faktisch jeden Menschen einen hohen Stellenwert. Bei einer dauerhaften Behinderung erlangt es eine zusätzliche Wichtigkeit. Menschen mit Behinderung müssen nach der UN-Behindertenrechtskonvention ohne weitere Diskriminierung einen gemeindenahen Zugang zum Gesundheitssystem haben. Wie die Erfahrung von Mitarbeitern der Stadt Stuttgart und der in dem Tätigkeitsfeld arbeitenden freien Träger zeigt, scheint dies häufig aber für die Betroffenen eher nicht gewährleistet zu sein.

**BARRIEREFREI GESUND** | Der Caritas-Verband Stuttgart ist diesem Missstand mit der Untersuchung „Barrierefrei gesund“ auf den Grund gegangen. Fazit: Im Sozialraum Stuttgart gibt es ein großes, umfangreiches und ausdifferenziertes Angebot in der sozialen und gesundheitlichen Versorgung. Es ist für Menschen mit (geistiger) Behinderung aber oft mehr als schwierig zu erreichen. Neben räumlichen Barrieren sind die Gründe hierfür häufig eher immaterieller Art; sie liegen etwa in der Kommunikation, der Sprache oder der Grundhaltung gegenüber Menschen mit Behinderung. Dazu kommen

zahlreiche Vorurteile, aber auch Unkenntnis über Erkrankungen, Ängste vor Behandlungsfehlern und die knappe zeitliche Ressource innerhalb der ärztlichen Praxen und der Kliniken.

Das bhz Stuttgart e. V. und das Diakonie-Klinikum Stuttgart begannen mit dem mehrjährigen Projekt „Patienten mit Behinderung im Krankenhaus“, hier neue Wege zu gehen und besondere Strukturen und Verbesserungen für Menschen mit Behinderung im Klinikalltag zu schaffen.

Wichtige Folgerungen aus den im Diakonie-Klinikum gesammelten Erfahrungen waren u. a.: Notwendigkeit einer kontinuierlichen Begleitung des behinderten Menschen, größere zeitliche Ressource zur Aufnahme und Untersuchung, im Vorfeld bereitgestellte Hilfsmittel, individuelle Wunschkost, Sensibilisierung des medizinischen Fachpersonals für die besonderen Belange bei Menschen mit Handikap.

**UNSER FAZIT:** | Es darf nicht sein, dass Menschen mit Behinderung, die in der Landeshauptstadt wohnen, zur medizinischen Behandlung weite Wege zu großen Sozialträgern in den ländlichen Raum auf sich nehmen müssen. Wir müssen Möglichkeiten der Verbesserung und Weiterentwicklung der Situation darstellen. Eine Idee sind ärztliche Behandlungszentren und

spezialisierte Kliniken für Menschen mit Behinderungen. Hier muss aber sehr genau beachtet werden, dass nicht eine weitere Form der Ausgrenzung für Menschen mit Handikap geschaffen wird. Denn Inklusion heißt Zugehörigkeit – das ist das Gegenteil von Ausgrenzung. Unser Ziel sollte sein, sowohl verstärkt niedergelassene Haus- und Fachärzte für die wohnortnahe Behandlung von behinderten Menschen in unterschiedlichen Stadtteilen zu gewinnen, als auch eine (spezialisierte) Klinik und/oder ein Zentrum zu fördern, das im Grundsatz eher bei schwierigen Erkrankungen aufgesucht werden sollte.

*Gabriele Nuber-Schöllhammer*

## KONSUMKULTUR

# Fashion loves fair

■ Wer sich heute fair und ökologisch kleiden will, hat es immer noch um einiges schwerer als jene, die sich bio und fair ernähren: Von den ersten Hardlinern, die ihre Lebensmittel im Reformhaus einkauften, bis zum heutigen breiten Angebot war es ein langer Weg. Im Bereich Kleidung ist das ähnlich. Aber es gibt immer mehr Lichtblicke auch in Stuttgart. Denn immer mehr Modemacher gehen neue Wege und setzen sich mit ihren ökologisch erzeugten und fair gehandelten Textilien für eine bessere Welt und ein faires Stuttgart ein. Sie kreieren mit Esprit und Können legere, elegante und sehr vielseitige Kollektionen.

Eben solche Kollektionen haben wir bei „Fashion loves fair“ präsentiert, unserer gemeinsamen Veranstaltung mit der Volkshochschule Stuttgart und den Stuttgarter Grünen Mitte April in den Räumen der VHS: bei einer ökofairen Modenschau von Stuttgarter Labels, einer Kleidertauschparty und einem Markt der Möglichkeiten. Viele Stuttgarterinnen und Stuttgarter folgten unserer Einladung und stöberten, tauschten und staunten nicht schlecht über die gemeinsam mit der Modeschule Kehrer auf dem Laufsteg vorgeführten Kreationen.

*Nicole Kiemel*

Ökofaire Mode auf dem Catwalk der Stuttgarter Volkshochschule. Foto: Viktoria Rein, Volkshochschule Stuttgart





AUS DEN BEZIRKEN:  
BAD CANNSTATT

## Hofener Straße immerhin sonntags autofrei

**Schon vor über 30 Jahren wünschte sich eine Bürgerinitiative die Sperrung der Hofener Straße an Wochenenden. Dutzende Bezirksbeirats- wie Gemeinderatsbeschlüsse und zwei Verkehrsversuche später gibt es nun die Entscheidung: Die Hofener Straße wird künftig an Sonn- und Feiertagen zwischen Mai und Anfang Oktober für den Autoverkehr gesperrt. Schade, denn die Vorteile einer zweitägigen Sperrung, also auch an Samstagen, hätten überwogen.**

■ Die Verkehrsversuche belegten den höheren Freizeitwert für Radler, Inliner und Fußgänger während der Sperrung. Und die Nachteile durch Verkehrsverlagerungen auf Münstermer Seite konnten mit einer Zeitverkürzung und der Aufhebung der Sperrung nachts auf ein Minimalmaß reduziert werden. Die Verwaltung schlug deshalb vor, dem Kompromiss des zweiten Verkehrsversuches für eine Regelsperrung zuzustimmen. Im Rat hatten sich jedoch die Vorzeichen geändert. SPD und auch Stadtisten rückten von einer zweitägigen Sperrung ab und unterstützten nur noch die Sperrung an Sonn- und Feiertagen. Begründet wurde dies mit der Ablehnung durch die AnwohnerInnen.

**ERST FEHLDEUTUNG, DANN FEHL-ENTSCHEIDUNG!** | Während in Bad Cannstatt, wo immerhin 70 Prozent der Anrainer wohnen, eine klare Mehrheit für eine Zweitagesperrung stimmte und eine Sperrung nur sonntags mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, hatte sich in Mühlhausen nun mit der SPD eine Mehrheit für die Eintageslösung gefunden. In Münster, wo das Projekt vorher noch generell auf Ablehnung stieß, wurde nun der Sonntagslösung zugestimmt. Im Rathaus gingen zum zweiten Versuch 150 positive und nur vereinzelte

negative Bewertungen ein. Ein gemeinsamer Ausspracheabend im Rathaus ließ keine Mehrheit gegen eine Sperrung samstags erkennen.

Darüber hinaus ist der Münstermer Bürgerschaft, die aufgrund des starken Verkehrs in der Neckartalstraße dem Projekt immer am kritischsten gegenüberstand, auch wenig geholfen. Denn die Ergebnisse des zweiten Versuchs zeigten, dass die Mehrbelastungen durch die Sperrung nur marginal sind und die größte Belastung immer noch der werktägliche Verkehr ist. Eine deutlich größere Wirkung wie die Sperrung der Hofener Straße hatte der Bau der Hauptradroute 11, welche deutliche Entlastungen brachte. Diesen Weg mit wirkungsvollen Maßnahmen müssen wir weitergehen. Die Fertigstellung der Hauptradroute 11 und die Fertigstellung der U 12 nach Mühlhausen werden schon entlastend wirken. Langfristig und spätestens mit Fertigstellung des Rosensteintunnels sollte man aber auch darüber nachdenken,

den Verkehr vom Neckar weg und über die Löwentorstraße zur B 10 zu leiten und eben vor allem zu Hauptverkehrszeiten Entlastung zu bringen.

Aus unserer Sicht wurde mit dem Wegfall der Samstagssperrung eine Chance vertan, von der alle profitiert hätten: Samstags fehlt den Bürgern künftig öffentlicher Raum vor einem der schönsten Panoramen Stuttgarts. Vier bis sechs Mal mehr Fahrradfahrer an Samstagen haben eindrücklich gezeigt, wie groß der Bedarf ist. Es wird nun samstags auf dem drei Meter schmalen Gehweg weiterhin zu gefährlichen Situationen kommen, wenn sich dort viele Radfahrer, Inliner und Fußgänger begegnen. Die Freude über die erreichte Sonntagsperrung überwiegt dennoch! Sie ist ein wichtiger Schritt zu mehr öffentlichem Raum und zu mehr Stadt am Fluss. Stuttgart braucht mehr Projekte dieser Art.

*Björn Peterhoff*

*Foto: Neckarfreude*





S-FEUERBACH

# Spaziergang durch einen spannenden Stadtbezirk

**Pars pro toto: Wie die gesamte Landeshauptstadt ist Feuerbach geprägt von Industrie, Landschaft, Weinbau, Handel und Kultur. Dieser (Stadt-)Teil steht fürs Ganze, mit allen Chancen und Problemen.**

■ Auch Feuerbach liegt in einem Kessel, umgeben vom Killesberg, der Hohen Warte mit riesigem Waldgebiet, dem Lemberg mit Hängen und Steinbruch und dem Burg- holzhof mit den Weinbergen. Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts lebten hier nur 2.700 Menschen (Bauern-, Winzer- und Steinbrecherfamilien), doch der Bau der Eisenbahnlinien führte zu einem raschen Wandel. Heute prägen Industrie- und Gewerbebauten von Firmen wie Bosch, Behr, Haushahn, Leitz, Coperion oder die Thieme-Verlagsgruppe einen Teil des Feuerbacher Gesichts. Daneben finden sich dicht bebaute Wohngebiete im Tal sowie aufgelockerte Hang- und Halbhöhenlagen – in Feuerbach wollen immer mehr Menschen leben.

In den vergangenen Jahren sind Industrie- flächen aufgegeben und revitalisiert worden oder werden aufwendig saniert. Öffentliche Gebäude, vor allem Schulen, sind auch hier in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt worden. Heute wissen wir um unsere Verantwortung für den Bestand wie für die ebenso zu erhaltenden Freiflächen und nutzen die frei gewordenen Innen- räume, um hier durch Nachverdichtung Wohnraum zu schaffen. Umfangreiche Sanierungsprogramme – die Schulen haben den Anfang gemacht – werden auch bei Bädern und bei Kulturgebäuden durch- geführt. Hiervon profitiert der Stadtbezirk, das denkmalgeschützte Feuerbacher Hallenbad wird saniert. Im Schulbereich muss aber auch neu gebaut werden. Die

Anforderungen an die Schullandschaft in Stuttgart haben sich verändert, das Bild des Lebensraums Schule ist schon längst nicht mehr das des 20. Jahrhunderts. Feuerbach bildet einen der größten Schulbezirke der Stadt und hat mit fünf Grundschulen, zwei Gymnasien, einer Werkreal-, einer Real-, einer Förderschule und mehreren großen beruflichen Schulen fast 8.000 Schülerinnen und Schüler. Viele von ihnen pendeln täglich in den Stadtbezirk ein, ebenso wie die meisten der fast 40.000 Erwerbstätigen, die in Feuerbach arbeiten. Ihnen gegen- über steht eine Einwohnerzahl von knapp 30.000 Menschen, die im Stadtbezirk wohnen. Tendenz steigend.

**NICHTS IST SO BESTÄNDIG WIE DER WANDEL.** | Das Stadtbild hat sich beson- ders im Bereich der unteren Stuttgarter Straße durch die 1994 erfolgte Aufgabe der Lederfabrik Roser gewandelt – und hat gewonnen. Die grüne Fraktion der 1990er Jahre hat sich bereits damals für einen Mix aus Handel, Büros, Wohnen, Kultur und Freiflächen auf dem Areal eingesetzt, das heute als Musterbeispiel für eine Revitalisie- rung einer Industriebrache in einem urbanen Raum gilt. Zwei denkmalgeschützte Häuser, die dem Gebiet bis heute ein Wahrzeichen sind, wurden erhalten. Östlich davon wer- den aktuell im letzten Bauabschnitt weitere Wohnungen gebaut.

Gegenüber, auf dem Schoch-Areal, werden derzeit 50.000 Kubikmeter belastetes Erd- reich abgetragen und entsorgt. Eines der größten Sanierungsprojekte der Landes- hauptstadt ist hier mit einem Volumen von 20 Millionen Euro angelaufen. Hier sollen weit über 100 Wohneinheiten, auch öffent- lich geförderte, entstehen in einer Mischung aus Büroflächen, Gewerbe und Handel. Das Schoch-Areal kann in seiner zentralen

städtebaulichen Schlüsselfunktion am Bahn- hof für Stuttgart ein Pilotprojekt werden, auch mit dem gerade beschlossenen Kon- zeptverfahren. Das Areal ist bestens an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Ent- sprechend muss unserer Meinung nach ein Carsharing-Angebot dort bereits mitgeplant und die Frage gestellt werden, wie wir mit Stellplätzen umgehen. Dass darüber hinaus der neu entstehende Platz am Bahnhof Feuerbach planerisch eine hohe Priorität genießt, ist selbstverständlich.

**PRAG, SCHELMENÄCKER, KLEIN- ISTANBUL** | Den Berg hinauf Richtung Prag kommen zwei weitere neue Wohngebiete. An der Maybachstraße bauen Siedlungs- werk und SWSG ca. 200 neue Wohneinhei- ten, und hinter dem Pragsattel weisen die Pläne für das „Wohnen im Theaterviertel“ ca. 280 Wohneinheiten auf. Zwischen dem Theaterhaus und den Wohnungen könnte der Erweiterungsbau für das Theaterhaus, das gerade sein 30-jähriges Jubiläum feiern





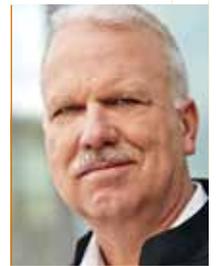
konnte, entstehen und wäre gleichzeitig ein Lärmschutz für das Wohnen. Das Theaterhaus hat in den letzten Jahren mit der Sparte Tanz und mit Eric Gauthier nochmals deutlich hinzugewonnen. In wenigen Wochen geht von hier aus das Colours Festival in die Stadt. Vorne an der Straße liegt jetzt das Friedrichsbauvarieté, und weiter am Pragsattel bauen Daimler und Bülow am topografisch höchsten Punkt des Einfallstors Nord neue Gebäude für Büros und einen 75 Meter hohen Wohnturm. Wieder abwärts, aber rechts der Bahnlinie, sehen wir hinter dem schönen Gebäude von Leitz das große Industriegebiet, das sich an der Heilbronner Straße zur Automeile Stuttgarts mausert und den Blick auf die Weinberge freigibt. Am unteren Ende hat sich ein sehr gemischtes Gebiet mit viel Handel, Gastronomie und einer Moschee entwickelt, das liebevoll auch Klein-Istanbul genannt wird. Ich selbst bin immer wieder gerne dort, besonders jetzt, da mit dem

IW8 eine spannende kulturelle Entwicklung ihren Anfang nimmt. Wir haben uns vor einem Jahr gegen viel Widerstand für eine Ausnahmegenehmigung für diesen kulturellen Freiraum eingesetzt. Gehen wir weiter durch die Unterführung am Bahnhof, wo Stuttgart 21 in Feuerbach sichtbar wird und der Bahnhof – ohne Fahrstuhl, eigentlich ein Treppenwitz! – 2017 endlich barrierefrei werden kann. Rechts liegen Firmengelände von Bosch. Und schon kommt das nächste Entwicklungsareal, das Fahriongelände, das nur darauf wartet, wachgeküsst zu werden. Durch die Grünschneise aufwärts liegt linkerhand die Flüchtlingsunterkunft am Schelmenäcker. Wir wollen auch hier alles dafür tun, dass die Menschen, die sich in großer Not und aus menschlichem Elend auf den Weg zu uns gemacht haben, in einer guten Nachbarschaft mit den „Alteingesessenen“ leben können.

Schauen wir dann noch hinauf zur Hohen Warte, die Stuttgarter Straße in der Verlängerung ganz nach oben, so können wir ahnen, wie die urbane Energiewende hoch über den Wipfeln aussehen kann. Bei allem Widerstand, bei allen Argumenten dafür und dagegen: Die Möglichkeit dieser Windkraftanlagen und die damit verbundene Chance, 5.000 Haushalte dezentral mit Strom zu versorgen, sollte in einem ordentlichen Verfahren geprüft werden.

**ATTRAKTIV, LIEBENSWERT, LEBENDIG!** | Geneigte Leserin, geneigter Leser, die Sie bis hierhin mitgehalten haben bei diesem Spaziergang durch den Stadtbezirk, wie ihn unsere Fraktion am 30. April unternommen hat: Sie merken, Feuerbach ist ein spannender Bezirk, der, Pars pro toto, als Teil der Landeshauptstadt auch alle ihre wesentlichen Politikfelder zu beackern hat. Ein liebenswerter Stadtteil, der sich mächtig entwickelt hat, in den kommenden Jahren noch weiter zulegen und durch die Verlegung des Durchgangsverkehrs und der B 295 nochmals an Attraktivität gewinnen wird. In diesem Sinne – es gibt viele Gründe, das Leben im Bezirk zu entdecken!

*Andreas G. Winter*



*Bei ihrem Stadtteilspariergang am 30. April besuchte die grüne Ratsfraktion unter anderem das Theaterhaus und das neue Flüchtlingsheim (Fotos unten) und das Gelände des geplanten SWSG-Projekts am Messeparkplatz (oben). Fotos: Redaktion*



# Neuer Lärm!


 ÜBERALLHIN

## Fahrradmitnahme im ÖPNV verbessern!

**Mobil sein – das Top-Thema in Stuttgart und seinen Stadtbezirken. Unbestritten ist: Jedes Auto weniger bedeutet weniger Stau und bessere Luft, gerade in der Innenstadt. Daher ist es sehr erfreulich, dass immer mehr Stuttgarterinnen und Stuttgarter von den Halbhöhen mit dem Rad in Richtung City unterwegs sind. Da der Rückweg oft beschwerlich ist, wird zum Aufstieg gerne die Stadtbahn oder Zacke genutzt. Klingt sehr entspannt – doch just hier hakt's.**

■ Bei den Stadtbahnen gibt es Sperrzeiten für die Fahrradmitnahme von 6.00 bis 8.30 Uhr und von 16.00 bis 18.30 Uhr. Das bedeutet, dass es, um zu Berufsverkehrszeiten auf die Filderebene zu kommen, nur noch möglich ist, mit der Zacke zu fahren – sie hat extra einen Vorbau für Fahrräder. Dies führt hin und wieder zu Engpässen am Marienplatz. Wenn nun die Downhillstrecke endlich fertiggestellt ist, werden diese Engpässe sich noch verstärken. Ohne zusätzliche Transportkapazitäten wird es zu längeren Wartezeiten und Konflikten bei den Bergfahrten ab Marienplatz kommen, schrieb kürzlich auch die grüne Bezirksbeiratsfraktion Degerloch in einem Antrag. Mit diesen Bedenken stehen die Degerlocher nicht alleine da, denn auch die grüne Bezirksbeiratsfraktion aus dem Süden hat einen Antrag zur Ertüchtigung der Zacke gestellt, und die Grünen aus Sillenbuch wollen geprüft haben, ob etwa die U15 Fahrräder ohne Sperrzeiten bis zur Ruhbank mitnehmen kann.

Es ist dringend nötig, dass die SSB Lösungen aufzeigt, wie die Fahrradmitnahme während der gesamten Betriebszeit in allen

Verkehrsmitteln – und dazu gehören auch Busse – gewährleistet werden kann. Sei es durch die Erhöhung der Kapazität der Stadtbahn oder durch gesonderte Wagenbereiche in der Stadtbahn, durch Fahrradbusse, Freigabe der Sperrzeiten einzelner Stadtbahnlinien vom Charlottenplatz zur Ruhbank, nach Degerloch, zum Killesberg. Ansätze gibt es viele; Aussagen wie „ganz ausgeschlossen“ oder „grundsätzlich nicht möglich“ wollen wir Grünen nicht länger hinnehmen. Schließlich ist das Mobilitätsthema ein ganzheitliches – und dazu gehört eben auch eine Lösung der Frage, wie Fahrräder wieder den Berg hinauf transportiert werden können.

**ANDERSWO KLAPPT'S – WARUM NICHT IM HÜGELIGEN STUTTGART?** | Die Verkehrsverbünde anderer Städte machen eine Fahrradmitnahme möglich – und das sogar in Bussen! Sie scheinen pragmatischer zu sein, wie der folgende Hinweis zeigt: „Wenn kein Platz vorhanden ist, dann besteht kein Anspruch auf Mitnahme.“ Dies wäre doch schon mal ein Ansatz, der besser ist als das, was kürzlich einem Degerlocher kurz nach 16 Uhr in der Stadtbahn passiert ist: Er musste 40 Euro Strafe zahlen, weil sein Fahrrad ihn zehn Minuten zu spät in der Stadtbahn begleitete.

*Beate Schiener*

■ Lärmbelastung wird in Stuttgart in der Regel als ein Problem der Innenstadtbezirke wahrgenommen. Doch auch die äußeren Stadtbezirke sind hin und wieder vom Lärm geplagt. In Stammheim ist diese Problematik noch erhöht, da sich in unmittelbarer Nachbarschaft der Güter- bzw. Containerbahnhof der Gemeinde Kornwestheim befindet. Der dortige 24-Stunden-Betrieb ist vor allem für die Anwohner im nördlichen Bereich von Stammheim bereits heute eine hohe Belastung.

Nun plante die Stadt Kornwestheim vor einigen Jahren ein großes Industriegebiet just beim Containerbahnhof. Doch dies scheiterte schließlich vor Gericht, da kein ausreichender Lärmschutz für die Bewohner Stammheims gewährleistet werden konnte.

**HEIMLICH, STILL UND – LEISE?** | Nun gibt es neue Pläne: Es deutet sich an, dass über kleinere Bebauungspläne versucht wird, das ursprünglich geplante große Industriegebiet quasi durch die Hintertür zu verwirklichen. Berechtigterweise regt sich in Stammheim Kritik. Zwar ist es selbstverständlich so eine Sache, sich bei Vorhaben benachbarter Kommunen einzumischen. Wir sind allerdings der Meinung, dass in diesem Fall die potenziellen Auswirkungen auf die Stammheimer Bevölkerung es rechtfertigen, die Pläne der Nachbargemeinde genauer unter die Lupe zu nehmen.

Deswegen fordern wir die Verwaltung in einem Antrag auf, die Pläne aus Kornwestheim im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Stammheimer Bevölkerung zu prüfen und sich gegebenenfalls weitere Schritte, etwa einen Einspruch beim Regierungspräsidium, vorzubehalten. Denn egal ob Innenstadt oder Außenbezirk: Zu einem guten Wohnumfeld gehört, dass das Lärmlevel innerhalb des Erträglichen bleibt.

*Benjamin Lauber*





Foto: Robert Hintz



S-OST

## Neue Wege bei der Bürgerbeteiligung

**Der Stöckachplatz: Bisher weniger ein Ort der Begegnung und des Verweilens, sondern eine Mischung aus Verkehrsknotenpunkt und Parkplatz. Das soll sich ändern. Der Platz soll umgestaltet, das Gelände der ehemaligen Hauswirtschaftsschule am Platzrand bebaut werden. Neu und wegweisend daran: die umfassende Beteiligung der Bürgerschaft im Vorfeld. Sie schlägt sich ganz konkret nieder – und sollte nicht nur im Osten Schule machen.**

Die Entwürfe der Bürgerbeteiligung flossen direkt ein in die Pläne, die uns im Februar im Preisgericht präsentiert worden sind. Seit 2012 wurde im Stadtteil- und Familienzentrum intensiv über die Gestaltung von Platz und Schulgelände diskutiert und versucht, unterschiedliche Interessen in Einklang zu bringen – auch unter reger Beteiligung von grünen BezirksbeirätInnen und StadträtInnen. Den Abschluss bildete Ende 2014 ein Planungsworkshop, bei dem die Architekten und Stadtplaner mit den BürgerInnen in Dialog traten und Wünsche und Anregungen zur Grundlage ihrer Planungen machen konnten. Die BürgerInnen bekamen kein fertiges Konzept präsentiert, sondern wurden schon vor Beginn der Planungen einbezogen. Lebendig, einladend, freundlich, praktisch und vielfältig nutzbar soll der neue Platz sein. Im neuen Gebäude soll eine Mischung

aus sozialen Einrichtungen, kleinteiligem Handel und Gewerbe sowie Wohnen etabliert und der Konflikt autofreier Platz vs. Parkplatzmangel durch eine Tiefgarage gelöst werden. Zudem braucht der Stadtteil noch einen Supermarkt. Und es gilt, die Frischluftschneise freizuhalten sowie den Verkehr im Blick zu behalten, fahren doch fast alle Stuttgarter U-Bahnen über den Stöckach. Und alle waren sich einig: Die Kastanien müssen bleiben.

**ALLES EINBEZOGEN?** | Ein komplexes Projekt also, bei dem man viel bedenken und vielfältige Interessen berücksichtigen muss. Entsprechend fiel auch das Votum beim Preisgericht aus: Für Platz und Gebäude wurden viele spannende Modelle präsentiert, doch komplett überzeugen konnte keines. So vergab die Jury zwei zweite Plätze und hat die endgültige Entscheidung über die Neugestaltung des Platzes vertagt. Beide Entwürfe sollen überarbeitet und im Mai erneut beurteilt werden. Noch zu klären sind auch Fragen etwa zur Dichte der Bebauung oder zu den Folgen für den Verkehr, beispielsweise wie sich Stadtbahn und Auto den Raum auf der Kreuzung künftig teilen können. Doch die Tendenz hin zu einer Vergrößerung des Platzes mit einer aufgelockerten Bebauung, die die Durchlüftung sowie die Öffnung von Blickachsen zum Hang berücksichtigt, war eindeutig.

Bis am Stöckach tatsächlich gebaut wird, werden also noch einige Jahre vergehen. Denn während zumindest die Planungen für den Platz bald abgeschlossen sein dürften, ist für das Gelände der ehemaligen Hauswirtschaftlichen Schule noch ein Architektenwettbewerb vorgesehen. Wichtig ist auch hier, darauf zu achten, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung wirklich umgesetzt werden. Nicht nur zur Nutzung, auch zur Vergabe wurden dort bereits sehr konkrete Vorstellungen entwickelt, die auch vom Bezirksbeirat mehrheitlich befürwortet worden sind. So soll, wie bereits in einem Antrag im Bürgerhaushalt gefordert, eine Konzeptvergabe erfolgen und das Gelände möglichst in Erbpacht an Baugenossenschaften oder Baugemeinschaften vergeben werden. Wenn Bürgerbeteiligung konsequent umgesetzt werden soll, braucht es eben Zeit. Doch die ersten Ergebnisse können sich sehen lassen. Daher sollte diese intensive Bürgerbeteiligung im Vorfeld und mit unmittelbarem Kontakt zwischen PlanerInnen und Bürgerschaft Vorbildcharakter haben für andere Bauvorhaben.

Petra Rühle





Foto: Rufus46



S-MITTE

## Komm! Ins Offene, Freundin!

Von einem Kunstraub besonderer Art

■ „La nuit“ ist eine Skulptur des großen Aristide Joseph Bonaventure Jean Maillol (1861 bis 1944). Maillol war Bildhauer, Maler und Grafiker. Er galt in Frankreich als der wichtigste Antipode Auguste Rodins und beeinflusste die europäische Plastik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachhaltig. Seine Nacht, die schöne, in sich gekehrte Dame, wurde Anfang der 1980er Jahre von der Stadt Stuttgart angekauft und vor dem Kunstverein auf dem Schlossplatz für die Öffentlichkeit aufgestellt. Damals war dort auch die Städtische Galerie beheimatet, bevor sie 2004 an den neuen Standort umgezogen ist. „La nuit“ bildete nun einen Kontra- und Ruhepunkt zu dem umtriebigen und belebten Platz; sie ließ die Betrachter innehalten und strahlte Ruhe und Konzentration aus. Sie ist trotz ihrer zurückgenommenen Haltung stadtbildprägend und deshalb vielen Stuttgarterinnen und Stuttgartern ans Herz gewachsen. Seit sie 2012 zur Restaurierung und als Leihgabe für ein Ausstellungsprojekt fortgenommen wurde, fehlt sie.

**DIE NACHT IM HALBDUNKEL** | Oft wurde ich gefragt, wo sie abgeblieben ist und wann sie wieder zurückkommt. Sie ist zurück. Doch umso erstaunlicher, dass sie ohne jede Beratung und ohne öffentliche Mitteilung ins Halbdunkel des Eingangsbereichs des Kunstmuseums abtauchen musste. Dort sitzt sie jetzt völlig deplaziert zwischen Kasse und einer mit zweckdienlichen Hinweisen beschrifteten Betonwand im Exil.

Dass sie dort nicht nur zum zehnjährigen Jubiläum des Kunstmuseums, sondern dauerhaft ihr Dasein fristen soll, kann der Bezirksbeirat Stuttgart-Mitte und können viele Stuttgarterinnen und Stuttgarter nicht nachvollziehen. Der neue Standort im Halbdunkel ist traurig und nimmt dem Kunstwerk Anmut und Würde. Richtig bekannt wurde diese im Rathaus lautlos vorgenommene Entscheidung durch den engagierten Kommentar von Rupert

Koppold in der Zeitung. Der Bezirksbeirat Mitte hält das von der Verwaltung angeführte Sicherheitsargument, die Skulptur könne entwendet oder beschädigt werden, nach 30 Jahren Standhaftigkeit an dieser Stelle für fadenscheinig. Er vermutet, dass die Veranstalter auf dem Schlossplatz sich von der Kunst behindert sehen und die schöne Dame nicht nur im Wege steht, sondern auch stimmungsmäßig nicht so recht zu Prosecco mit Lachsbrötchen passt. Kunst im öffentlichen Raum entzieht sich in der Tat der Verfügbarkeit und Beliebigkeit.

**RESPEKT!** | Kunst beansprucht den Respekt, den die Reklame, die Hüpfburg, das Gastro-Zelt nicht beanspruchen können. Öffentliche Kunst beansprucht Dauer, sie gehört zu dem Platz, der für sie ja bewusst ausgewählt worden ist, gehört zum Stadtbild, zur Identität der Stadt. Und öffentliche Kunst gehört der Bürgerschaft, nicht der Verwaltung. Deshalb müssen nicht die Veranstalter, sondern die Bürgerschaft, der Bezirksbeirat und der Kulturausschuss des Gemeinderats gefragt werden.

In Stuttgart stellt so mancher Kunst (oder das, was dafür gehalten wird) auf oder baut sie ab – ganz nach eigenem Dünken. Mal wird das Ordnungsamt, mal die Stadtplanung, mal, wie bei der Mops-Säule, das Kulturreferat beteiligt. Eine Debatte, ein Konzept, einen liebevollen Umgang (Unterhalt und Pflege) oder einen Schutz für die Objekte gibt es nicht. So kann es nicht sein! Und so kann es nicht bleiben!

Die traurige Schöne von Maillol ist seit Jahrzehnten eng mit dem angestammten Standort Schlossplatz verbunden. Wir haben sie lieb gewonnen und möchten sie genau dort auch nicht mehr missen! Um Hölderlin zu variieren:  
„Komm wieder ins Offene, Freundin!“

Veronika Kienzle,  
Bezirksvorsteherin  
Stuttgart-Mitte



## ■ PLATZVERBOT?

Aufenthaltsqualität und subjektives Sicherheitsgefühl haben in der Klettpassage merklich abgenommen. Wer jetzt fordert, unliebsamen Personen ein Platzverbot auszusprechen, macht es sich viel zu einfach. Wegen Stuttgart 21 geänderte und eingeschränkte Wegeführungen in Haupt- und S-Bahnhof, aktuell Horden von nicht immer nüchternen FrühlingsfestbesucherInnen und nicht zuletzt die rare Möglichkeit, dort auch nach 22 Uhr noch Alkohol kaufen zu können, prägen den Charakter der Passage.



Foto: Robert Hintz



S-WEST

# Zehn Jahre Bürgerzentrum West

## Viel los – nicht nur beim jährlichen Bürgerfest

■ Vor zehn Jahren öffnete das Bürgerzentrum im Stuttgarter Westen seine Pforten. Die Bewohnerinnen und Bewohner des zweitgrößten Stuttgarter Stadtbezirks wissen gar nicht mehr, wie das Leben ohne war – das Zentrum hat sich in kürzester Zeit zu ihrem „Rathaus und Treffpunkt“ entwickelt. Der Westen hat seither eine neue Mitte, täglich nutzen ca. 1.000 Menschen von morgens bis in die Nacht die Angebote im Haus. Tagsüber werden vor

allem die Dienste des Bürgerservices nachgefragt: Das Bürgerbüro mit seinen vielen Dienstleistungen, das Beratungszentrum des Jugendamtes, der Bürgerservice „Leben im Alter“ und das JobCenter. Der absolute Renner ist jedoch die Stadtteilbücherei: Fast 500 Besucherinnen und Besucher quer durch alle Altersgruppen leihen täglich Bücher aus, schmökern in Zeitschriften oder testen mit den Kindern neue Spiele.

**HEIMAT** | Der erste Stock des Zentrums ist zur Heimat von Vereinen und Initiativen des Stadtbezirks geworden. In den dortigen

„Bürgerräumen“ tagt der Bezirksbeirat, dort finden Konzerte, Vorträge, Feste und andere Veranstaltungen statt. 67 Organisationen nutzen die Räume regelmäßig, weitere 216 gelegentlich. Damit dürfte das Bürgerzentrum West das bestgenutzte in ganz Stuttgart sein.

Die dezentrale Gliederung in Stadtbezirke und deren starkes politisches Gewicht durch die Bezirksbeiräte sind eine der Besonderheiten und Stärken unserer Stadt. So wird die Identifizierung mit dem Gemeinwesen gefördert und die Basis für gesellschaftliches Engagement geschaffen. Der Bau von Bürgerzentren in der Innenstadt ist also nicht nur ein Beitrag zu einem verbesserten und wohnortnahen Service, sondern fördert auch das Wir-Gefühl.

Deutlich wird dies beim jährlichen Bürgerfest im und um das Bürgerzentrum. Vereine, Verbände, Initiativen, kurzum alle, denen das Bürgerzentrum am Herzen liegt, feiern inzwischen zum siebten Mal ein großes Bürgerfest. Mit dabei sind auch der Bezirksbeirat und die benachbarten Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Am Samstag, dem 9. Mai ab 13 Uhr, sind alle herzlich zum Mitfeiern eingeladen.

Reinhard Möhrle,  
Bezirksvorsteher Stuttgart-West



Foto: Reinhard Möhrle





# Anne-Frank-Gemeinschaftsschule: viele SchülerInnen, wenig Raum

■ Seit September 2014 ist die Anne-Frank-Realschule Gemeinschaftsschule; eine der ersten in Stuttgart und die einzige Realschule, die diesen Schritt gewagt hat. Und das erfolgreich, wie die Anmeldezahlen zeigen. Allein an Raum fehlt es noch. Zwar laufen mittlerweile Planungen, doch die Umsetzung steht noch aus. Das Thema Mensa begleitet uns als Gemeinderatsfraktion schon länger, wie an unserem Antrag „Kein Mittagessen im Freien! Wo essen die Schülerinnen und Schüler der Anne-Frank-Schule?“ deutlich wird. Zwar können die SchülerInnen nun im Vereinslokal Arces e. V. in Schichten

essen, doch mit Beginn des neuen Schuljahres stehen die nächsten Ganztagsklassen vor der Tür. Dringend müsste nun, wie auch vom Schulverwaltungsamt zugesagt, das Obergeschoss ausgebaut werden. Bisher wartet man vergebens. Und auch an Klassen- und Arbeitsräumen mangelt es.

**AM BEDARF ORIENTIERT?** | Was passiert im neuen Schuljahr, wenn wieder drei volle Klassen der Gemeinschaftsschule Räume brauchen? Die Machbarkeitsstudie zur Interimsplanung verschiebt sich erneut, und nach Handwerkern hält man vergebens Ausschau, obwohl Platz für Interimscontainer vorhanden wäre. Weiteres Problem: Das Schulamt hat die Machbarkeitsstudie zur Eruiierung der Raumbedarfe der Schule nur auf Basis einer Dreizügigkeit in Auftrag gegeben. Die Anmeldezahlen waren jedoch bereits im September 2014 so hoch, dass SchülerInnen abgelehnt werden mussten. Nicht verwunderlich, gehört Möhringen doch zu

den beliebtesten Gebieten für Wohnungsneubau. Hinzu kommen Anmeldungen aus dem gesamten Stuttgarter Stadtgebiet sowie inkludierte Kinder.

Auch für eine angedachte spätere Oberstufe ist eine Vierzügigkeit, wie vom Bezirksbeirat Möhringen einhellig gefordert, von großer Bedeutung. Diese Möglichkeit darf nicht bereits durch eine Machbarkeitsstudie verbaut werden. Daher haben wir beantragt, die Machbarkeitsstudie sowohl auf Basis einer möglichen Drei- als auch einer Vierzügigkeit zu entwickeln und die Kosten darzustellen. Zum einen gibt es in Möhringen außer dem Königin-Charlotte-Gymnasium keine andere weiterführende Schule, von einer gymnasialen Oberstufe ganz zu schweigen. Zum anderen haben wir Grünen uns schon lange für diese Schulform eingesetzt, bietet sie doch beste Möglichkeiten, die dringend nötige Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.

Umso wichtiger ist es, darauf zu achten, dass die Anne-Frank-Gemeinschaftsschule die Ausgangsvoraussetzungen bekommt, die sie braucht, um erfolgreich arbeiten und ihr fortschrittliches pädagogisches Konzept umsetzen zu können. Kinder, die in Stuttgart eine Gemeinschaftsschule besuchen möchten, sollten nicht durch räumliche Planungen, die an den tatsächlichen Bedarfen vorbeigehen, daran gehindert werden.

Petra Rühle



Gabriele Nuber-Schöllhammer, Rektorin Beate Müller, MdL Nikolaus Tschenk und Petra Rühle (v. l. n. r.) vor der „Anne-Frank-Interimsmensa“. Foto: Redaktion



## ■ ROSENSTEINTUNNEL: VIEL GELD, WENIG GRÜN

Bad Cannstatt ist wegen dem Bau des Rosensteintunnels für Radfahrer erstmal abgeschnitten. Oder wenigstens so gut wie – und das während des Kirchentags. Beim Tunnelstich verhiß uns der Technische Bürgermeister dank des Tunnels große Flächen für mehr Grün – dabei handelt es sich um gerade mal 2.000 m<sup>2</sup>. Ebenso weitsichtig fordert er, dass eine Nachfolgeregelung für die auslaufenden Zuschüsse des Bundes im Jahr 2019 dringend erforderlich sei. Wo doch der Tunnel schon heute alle Fördergelder für verkehrliche Maßnahmen in Stuttgart bis ins Jahr 2020 schluckt!

Foto: Robert Hintz





# Garnisonsschützenhaus als „Haus der Stille“

Als im vergangenen Jahr eine Gruppe von Kreativen und Bloggern das ehemalige Garnisonsschützenhaus am Dornhaldenfriedhof für sich entdeckte, eine Vision für die Nutzung erschuf und eine gewisse mediale Präsenz erreichte, war uns schnell klar: Wir wollen dieser aktiven Bürgerschaft die Chance geben, ihre Idee umzusetzen.

■ Wir Grünen wollen den Menschen Freiräume und Möglichkeiten geben, damit sich unsere aktive und vielfältige Bürgerschaft entfalten kann. Obwohl der Verkauf des Garnisonsschützenhauses an eine Privatperson wahrscheinlich lukrativer und handhabbarer gewesen wäre, fanden wir diese Aussicht längst nicht so spannend wie die Idee der Gruppe. Doch es bedurfte einiger Überzeugungsarbeit im Gemeinderat, um diesem Projekt eine Chance einzuräumen. Nach einigem Für und Wider fand sich glücklicherweise eine Mehrheit, die der Gruppe zumindest bis zum kommenden Sommer Gestaltungsspielraum gibt. Wir freuen uns sehr, dass wir damit politisch erreicht haben, dass wenn sich eine tatkräftige Bürgergenossenschaft gründet, diese den Gebäudekomplex nun in Erbpacht erwerben und für ihre Zwecke kreativ nutzen darf.

**ÜBERZEUGENDES KONZEPT** | Die Initiative, die inzwischen um einige Anwohner, junge ArchitektInnen und thematisch engagierte BürgerInnen gewachsen ist, stellt sich vor, das Schützenhaus als „Haus der Stille“ genossenschaftlich zu entwickeln und gemeinschaftlich zu betreiben. Mit Wohnungen auf Zeit für KünstlerInnen, mit gemeinschaftlichen Räumen für Veranstaltungen, mit Ateliers, einem „Garten der Stille“, mit Raum und Zeit für Themen wie Trauerkultur, Geschichte, Kreativität, Ruhe und Inspiration.

Ein charmanter und geschichtsträchtiger Ort: nahe am Waldfriedhof und der historischen Seilbahn, mit u. a. den RAF-Gräbern im angrenzenden Dornhaldenfriedhof, den umgepflanzten Stuttgart-21-Bäumen, idyllisch am Hang gelegen. Hier soll „für

Bürger, die vor dem Trubel der Stadt fliehen, für Kreative, die in Ruhe ihre Inspiration finden“, eine Oase der inneren Stille entstehen, so die Ideengeber.

**WO SCHÜSSE FIELEN, SOLL RUHE EINKEHREN.** | Ja, es gibt noch ungeklärte, nicht einfach zu berücksichtigende Sach- und Rechtszwänge, wie z. B. der Umgang mit dem sensiblen Denkmalschutz, mit der möglichen Nutzung der Außenflächen, mit der verkehrlichen Anbindung und dem angrenzenden Friedhof. Aber das Konzept der Bürgerinitiative, ein „Haus der Stille“ zu etablieren, spricht uns an. Deshalb haben wir die Verwaltung gebeten, die Initiative zu unterstützen und gangbare Wege aufzuzeigen. Erfreulicherweise haben wir und vor allem die Initiative konstruktive Partner in den Ämtern gefunden.

Nun gilt es für die Initiative, genügend MitgestalterInnen zu finden, um dieses – vielleicht für die Zukunft der Stadtgesellschaft exemplarische – Projekt mit viel Kraft und Elan auf die Beine zu stellen. Wir Grünen unterstützen solche bürgerschaftlichen, gemeinschaftlichen Initiativen explizit. Wir wünschen uns, dass sie Schule machen und unsere Stadt noch lebendiger und vielfältiger wird!

*Anna Deparnay-Grunenberg*

*Ortsbesichtigung im Januar. Foto: Redaktion*

## ■ INFO-ABENDE

Die Initiative Garnisonsschützenhaus veranstaltet öffentliche Info-Abende zum Haus der Stille, zuletzt am 8. Mai. Weitere Termine wie auch ausführliche Informationen zum Vorhaben unter <https://garnisonsschuetzenhaus.wordpress.com>.



# Kommunalpolitische Chronik

Wieder wollen wir Ihnen an dieser Stelle Rechenschaft über den öffentlichen Teil unserer Anträge und Anfragen der letzten Monate geben, mit denen wir unser grünes Programm auf den Weg bringen wollen. Anträge sind und bleiben das Königsrecht des Stadtrats, mit dem er die Verwaltung beflügeln oder zwingen kann, bestimmte Themen zu bearbeiten, und mit dem sich dann auch Abstimmungen im Gremium herbeiführen lassen. Eine Auswahl.

■ Der Cannstatter Wasen zieht von Jahr zu Jahr mehr BesucherInnen an. Einige kommen mit dem Auto und **PARKEN IN WASENNÄHE** – und viele versuchen erfolglos, einen Parkplatz zu finden. Dieser Parksuchverkehr beeinträchtigt die Wohnqualität im Veielbrunnengebiet erheblich – nicht nur zu Wasenzeiten, sondern auch während des Frühlingfests und anderen Großveranstaltungen. Zudem ist absehbar, dass durch die Bebauung des Neckarparks Areale wegfallen, die derzeit als Parkflächen genutzt werden können. *Andrea Münch* hält daher eine erneute Untersuchung für unabdingbar, im Veielbrunnengebiet das Parkraummanagement oder eine alternative Parkraumbewirtschaftung einzuführen.

Die **PFLICHT-BIOTONNE** kommt. Ihre Ankündigung hat für Irritationen und Unverständnis gesorgt; vor allem die Regelungen zur Eigenbewertung werden hinterfragt und Probleme wegen fehlender Abstellflächen angeführt. *Peter Pätzold* ist vom Sinn der Biotonne überzeugt. Um deren Akzeptanz zu erhöhen – und nicht diejenigen zu bestrafen, die schon seit Jahren verantwortungsvoll kompostieren –, solle die AWS (Abfallwirtschaft Stuttgart) auf die Überzeugungskraft der Argumente und die Einsicht bei Bürgerinnen und Bürgern setzen. Statt bürokratischer Kontrolle würde bei fehlenden Abstellflächen auch eine einfache Erklärung genügen.

## CROSS-BORDER-LEASING IM GULLI?

In einem gemeinsamen Antrag wollen Grüne und SÖS-Linke-Plus die Stadt Stuttgart vor Risiken aus dem Cross-Border-Leasing-Vertrag über das Abwassernetz bewahren. Seit 2005 gelten CBL-Verträge in den USA als missbräuchliche Steuerumgehungen; die von den Finanzinvestoren angestrebten Steuervorteile sind somit nicht mehr zu erreichen. Ein Großteil der Kreditinstitute und Versicherungen beendete die CBL-Verträge und schloss einen Vergleich mit den amerikanischen Finanzbehörden. Nicht so der Vertragspartner der Stadt Stuttgart, die John Hancock Life Insurance, die das städtische Abwassernetz geleast hat. Seither ist nicht ausgeschlossen, dass der amerikanische Investor durch die entfallenen Steuervorteile und seine

gebundenen Eigenmittel ein Interesse daran hat, den Vertrag rückgängig zu machen – möglicherweise mittels Vertragsverletzungsverfahren, aus denen ihm ggf. noch Schadensersatz zuwachsen könnte. Änderungen am Abwassernetz wären womöglich willkommene Anlässe. Die Stadt ist gut beraten, Vertragsverstöße sorgfältigst zu vermeiden und Änderungen am Abwassernetz im Vorfeld mit ihrem Vertragspartner abzustimmen. *Peter Pätzold* fordert hierzu eine rechtlich fundierte Einschätzung und Maßnahmen, die geeignet sind, Risiken von der Stadt abzuwenden bzw. zu minimieren.

## FLÜCHTLINGE DURCH SPORT INTEGRIEREN

– die Interaktion mit der sie aufnehmenden Gesellschaft ist für Flüchtlinge ein wichtiges Element zur schnellen Integration. Sport kann hier Türöffner sein. *Benjamin Lauber* regt an, gemeinsam mit dem Sportkreis Stuttgart niederschwellige und zeitnah umsetzbare Sportangebote für Flüchtlinge in Stuttgart zu erarbeiten und diese dann auch mit oder durch Sportvereine umzusetzen.

Außerdem regt *Benjamin Lauber* an, **SCHULHAUSSTATTUNGEN WEITERZUVERWENDEN**, wenn manche Schulen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung ihre Gebäude verlassen. Die hochwertigen technischen Gerätschaften, Sammlungen und PC-Ausstattungen sollen andere Schulen übernehmen. Falls dort kein Bedarf besteht, ist eine Weiterverwendung bei sozialen Einrichtungen zu klären.

**PLASTIKTÜTEN ADE!?** Bei einer Verfallsdauer von rund 500 Jahren – mit fatalen Folgen für die Umwelt – begleitet uns dieses Problem über den Tod hinaus und begegnet uns heute schon allorten: am Straßenrand, auf Müllhalden, an Stränden, in Fischen. 71 Plastiktüten fallen in Deutschland pro Einwohner und Jahr an; das ist deutlich mehr als jene 40 Tüten, die europaweit als Zielmarke für das Jahr 2025 gesetzt worden sind. *Anna Deparnay-Grunenberg* fordert, einen Runden Tisch einzuberufen, um mit der City-Initiative, den Stuttgarter Märkten und anderen in Stuttgart wichtigen Akteuren die Möglichkeiten eines freiwilligen Verzichts auf Plastiktüten und weitgehenden Verzicht auf Plastikverpackung zu erörtern.

*Gabriele Nuber-Schöllhammer* fragt nach dem aktuellen Stand der **SANIERUNGEN IM WAGENBURG-GYMNASIUM**. Den Anstoß gab ein Brandbrief von Schulleitung und

Elternschaft, in dem gemutmaßt wurde, dass ein deutlicher Teil der erforderlichen Sanierungen aus Kostengründen nicht vorgenommen werde. Dabei waren die zunächst mit zwei Millionen Euro veranschlagten Sanierungskosten dann in der Machbarkeitsstudie auf 16,5 Millionen Euro hochgesetzt worden. Und jetzt soll dieser Betrag immer noch nicht reichen?

In einem gemeinsamen Antrag von Grünen, SPD, SÖS-Linke-Plus, Freien Wählern und FDP erkundigt sich *Silvia Fischer* nach dem Stand der Gespräche zwischen Klinikum und SWSG zu den **PERSONALWOHNUNGEN DES KLINIKUMS STUTTGART**. Verhandlungen zur Übernahme und zum Betrieb dieser Wohnungen durch die SWSG blieben auch nach vielen Gesprächsrunden ohne Ergebnis: Die SWSG führt an, den Wohnraum nicht wirtschaftlich zur Verfügung stellen zu können, da die Mieteinnahmen niedriger seien als die Kosten. Der Verkauf von Personalwohnungen vor einigen Jahren ging einher mit der Zusage, dass dem Personal weiterhin rund 1.000 Wohneinheiten zur Verfügung stehen werden. Das Klinikum ist aus Gründen der Personalgewinnung und des Personalerhalts auf einen ausreichenden Bestand an Personalwohnungen angewiesen. Es ist jedoch aufgrund der eigenen, wirtschaftlich extrem schwierigen Situation nicht in der Lage, eine Grundsanierung des Wohnungsbestands und einen Neubau ohne zusätzliche Mittel zu stemmen.

Verschiedene Maßnahmen haben in den letzten Jahren immerhin eine Verbesserung der Luftqualität gebracht. Ein erster Erfolg

– auch wenn das Ziel noch lange nicht erreicht ist, Überschreitungen der Grenzwerte bei den Luftschadstoffen zu verhindern.

Für die weitere Verbesserung der Stadtluft gibt es nicht das eine Rezept; **LUFTREINHALTUNG IN STUTTGART** lässt sich nur mit einer Vielzahl an Maßnahmen erreichen. *Peter Pätzold* hat der Fachverwaltung eine lange Liste von Vorschlägen zur Prüfung unterbreitet, z. B. eine Feinstaubampel mit Prognose zur Feinstaubbelastung, wie sie die Stadt Graz im Einsatz hat.

Durch die Novellierung der Landesbauordnung durch Grün-Rot wird der Bau von **GESCHOSSWOHNUNGEN AUS HOLZ** erleichtert. Der nachwachsende Rohstoff bindet CO<sub>2</sub>, schützt somit das Klima und trägt zur lokalen bzw. regionalen Wertschöpfung bei. *Peter Pätzold* bittet um Prüfung, ob Holz als Baustoff für mehrgeschossige Bauten im Neckarpark, der ja gerade in Bezug auf Energieverbrauch und Nachhaltigkeit ein Vorzeige-Stadtteil werden soll, zum Einsatz kommen kann.

Wenn sich Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit ihrer Stadt identifizieren, innovative Konzepte entwickeln und kreative Lösungen für ihre Wünsche selbst vorschlagen, dann gewinnt die Stadt. Etwa durch eine BI, die das verlassene Garnisonsschützenhaus an der Dornhalde 1 nach langem Dornröschenschlaf wieder in die öffentliche Wahrnehmung gebracht hat. Die Initiative stellt sich nun vor, es als „Haus der Ruhe“ genossenschaftlich zu entwickeln und zu betreiben. *Anna Deparnay-Grunenberg* will das **BÜRGERSCHAFTLICHE PROJEKT „GARNISSONSSCHÜTZENHAUS“ ERMÖGLICHEN,**

indem der Initiative eine reelle Chance zur Umsetzung ihres Vorhabens eingeräumt wird.

*Clarissa Seitz* erkundigt sich nach dem Stand der Planungen der Bahn beim **ENTRAUCHUNGSBAUWERK KILLESBERG**. Ursprünglich sollte es in der Nähe des Augustinums stehen – was dort und im Bezirk Nord aus nachvollziehbaren Gründen nicht auf Begeisterung stieß. 2012 beantragte die Bahn ein Planänderungsverfahren zur Verlegung des Bauwerks. Seitdem herrscht Funkstille – und damit Unklarheit, ob die Bahn den Standort beim Augustinum wirklich aufgegeben hat.

Altglascontainer stellen eine Belastung für Anwohner dar. Der Lärm, der beim Einwurf von Altglas und bei der Leerung entsteht, wird oft als störend wahrgenommen. Auch die Regulierung von Einwurfzeiten und ein nächtliches Einwurfverbot helfen nur bedingt. Deshalb haben einige Städte, u. a. Konstanz, schon vor Jahren neue Altglascontainer angeschafft. Das Besondere an diesen Containern ist der deutlich bessere Schallschutz. *Peter Pätzold* regt die Umrüstung auf **LÄRMARME ALTGLASCONTAINER FÜR STUTTGART** an.

Die Zahl der SchülerInnen an beruflichen Schulen geht stetig und anhaltend zurück. Darauf muss die Stadt reagieren und die Schullandschaft behutsam und angemessen umstrukturieren. *Gabriele Nuber-Schöllhammer* will **BERUFLICHE SCHULEN STÄRKEN** und Verunsicherungen bei SchülerInnen, LehrerInnen und Anwohnern abbauen. Ziel des Änderungsantrags von Grünen, CDU, SPD und SÖS-Linke-Plus zur Vorlage der Ver-

DAS  
STADT  
BLATT

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

gefällt Ihnen DAS STADTBLATT? Wir freuen uns über Ihr Lob, nehmen aber auch Ihre Anregungen sehr gerne entgegen. Wenn Sie denken, dass Ihre Freunde, Bekannten und politischen Gegner DAS STADTBLATT ebenfalls lesen wollen, nehmen wir gern deren Adresse auf – schicken Sie uns einfach die umseitige Karte ausgefüllt zurück. Grüne Ziele müssen noch bekannter gemacht werden, grüne Politik braucht noch mehr Unterstützung. Schön, wenn Sie uns dabei helfen.

waltung ist die Stärkung der Berufsschulen und des Schulstandorts Stuttgart. U. a. soll die Nachnutzung der Kaufmännischen Schule im Süden geprüft werden, die Landwirtschaftliche Schule weiterhin ihre Zukunft in Hohenheim haben und geklärt werden, ob – sollte das Gebäude der Technischen Oberschule an der Hohenheimer Straße frei werden – dies ein Standort für eine „Schule für Erwachsene“ sein könnte. Der Bezirksbeirat Mitte hat den Verkauf des Gebäudes Nadlerstraße 4, das „Europahaus“, wegen einer Vielzahl unbeantworteter Fragen abgelehnt. Die Beiräte waren fraktionsübergreifend der Meinung, dass ein Projekt an so prominenter Stelle durch eine öffentliche Ausschreibung erfolgen müsse. *Anna Deparnay-Grunenberg* schließt sich dieser Haltung an und nimmt ebenfalls die **STÄDTEBAULICHE ENTWICKLUNG HINTERM RATHAUS** in den Fokus. Der Hofhofcharakter könnte durch den Neubau der Rathausgarage, die Neuordnung der Nadlerstraße 4 und die Neugestaltung des öffentlichen Raums hinter dem Rathaus mit Café beseitigt werden, das gesamte Areal könnte eine enorme Aufwertung erfahren. Der Straßenraum vom Rathaus hoch zum Tagblatt-Turm sollte einbezogen und eine ansprechende Verbindung zur Eberhardstraße geschaffen werden. Deswegen soll der Verkauf gestoppt und ein Rahmenplan für das Areal angestrebt werden. Das Gerberviertel hat durch die Umgestaltung der Tübinger Straße in einen „Shared Space“ an Attraktivität gewonnen. Viele kleine Läden sind hier angesiedelt, spezialisierter Einzelhandel, der nicht mehr um den

Marktplatz oder die Königstraße herum vorkommt bzw. verdrängt wurde. Das Quartier lebt auf. *Peter Pätzold* will die Wegeverbindungen verbessern, den Raum unter der Paulinenbrücke durch Läden, Stände und eine Fahrrad-Service-Station beleben und dadurch das **GERBERVIERTEL STÄRKEN**. Wer in Stuttgart eine halbwegs günstige Wohnung sucht, tut sich sehr schwer. Es ist daher entscheidend, dass die großen Wohnbauflächen (Areal am Wiener Platz, Rote Wand, Olga- und Bürgerhospital) schnell bebaut werden und auf der größten städtischen Fläche, dem Neckarpark, möglichst viel bezahlbarer Wohnraum entsteht. Trotzdem ist darüber hinaus ein ganzes Bündel an Maßnahmen erforderlich, um dem Wohnungsproblem entgegenzuwirken. **WAS HILFT WIRKLICH GEGEN WOHNUNGSNOT**, welches sind die wirklich wirksamen Maßnahmen?, will *Silvia Fischer* von der Verwaltung wissen und erwartet Auskunft u. a. zu den Erfahrungen mit dem Zweckentfremdungsverbot und zur hiesigen Umsetzung von Mietpreis- und Kappungsgrenze. *Andreas G. Winter* spiegelt die Freude und die Sorge der Nutzerinnen und Nutzer des **HALLENBADS FEUERBACH** wider: Sie dürfen sich zwar über die beschlossene Sanierung des Hallenbads freuen, müssen jedoch auch eine Schließzeit von ungefähr anderthalb Jahren überbrücken. Besonders für den Schwimmunterricht will er geklärt wissen, welche Bäder während des Umbaus alternativ genutzt werden können. Ein Baustein des Energiekonzepts der Stadt Stuttgart ist die geplante Bioabfallvergärungs-

anlage in Zuffenhausen. Die Wärme, die dort eines Tages produziert wird, wird möglicherweise die Firma Porsche versorgen. *Peter Pätzold* regt an zu prüfen, welche weiteren möglichen Abnehmer sich im Umfeld der Anlage befinden. Um die **ENERGIE EFFIZIENT NUTZEN** zu können, käme seiner Meinung nach auch das Gebiet Stammheim-Süd, wo noch mit Strom geheizt wird, oder das Hallenbad Zuffenhausen in Frage. Offene Fragen zu den **WINDKRAFTANLAGEN TAUSCHWALD** hat *Clarissa Seitz* zusammengestellt und an die Fachverwaltung gerichtet. Nach dem guten Ergebnis der Windmessungen haben die Stadtwerke Stuttgart das Genehmigungsverfahren für die Anlagen gestartet. Das Verfahren soll transparent durchgeführt werden. Über die verschiedenen Themen wie Artenschutz, Lärmemissionen, Schattenwurf etc. soll nachvollziehbar berichtet werden; erst dann folge eine sachlich und fachlich fundierte Entscheidung. Stuttgarts drittgrößter Stadtbezirk Zuffenhausen leidet enorm unter der Zerschneidung durch die Bahngleise und die Hochtrasse der B 10/27. Die Initiative Schöneres Zuffenhausen setzt sich seit Jahren dafür ein, die Menschen vor Ort zu entlasten und höhere Wohn- und Lebensqualität zu ermöglichen. Dafür soll die Hochtrasse tiefergelegt werden. Bis es soweit kommt, werden noch einige Jahre ins Land gehen, da der Bund Zuschüsse nur für eine bessere Verkehrsführung, nicht aber für die Entlastung der Anwohner gewährt. Als einen schnell umsetzbaren ersten Schritt fordert *Silvia Fischer* die Tempo-

[ Antwort gern auch via E-Mail an: [gruene.fraktion@stuttgart.de](mailto:gruene.fraktion@stuttgart.de), oder per Fax an: 0711 216-60725 ]

**Ja bitte,**  
senden Sie DAS STADTBLATT künftig auch an  
diese Adresse/n, per Post oder E-Mail:

An  
Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat Stuttgart  
Rathaus, Zimmer 8  
Marktplatz 1  
70173 Stuttgart

**Ja, ich habe einen Verbesserungsvorschlag:**



## ■ RAD-AKTIONSTAGE

Keine Frage, dass sich die Grünen auch dieses Jahr bei den Stuttgarter Rad-Aktionstagen und den Radsternfahrten beteiligen. Besuchen Sie uns am Stand auf dem Schlossplatz. Dem mit den großen Rädern. Am 16. und 17. Mai jeweils ab 11 Uhr. Zeiten und Routen der Fahrten unter [www.radsternfahrt-bw.de](http://www.radsternfahrt-bw.de).

Foto: Robert Hintz



### reduktion auf der Bundesstraße von 80 km/h auf 50 km/h – **LANGSAMER AUF DER B 10/27 DURCH ZUFFENHAUSEN!**

Die Kurzstudie „Innenstadtlogistik Stuttgart“ belegt das große Potenzial einer Anlieferung durch emissionsfreie Lastenräder auf der sogenannten „letzten Meile“. Im untersuchten Gebiet in der Innenstadt werden hochgerechnet fast 24.000 Pakete pro Woche zugestellt. Die Hälfte der Pakete geht an Adressaten in einer einzigen Straße, der Königstraße. Drei Viertel der Pakete finden ihren Bestimmungsort in nur sechs Straßen. Mit Hilfe von wenigen Umschlagflächen könnten somit die meisten Pakete zur Feinverteilung auf den letzten Strecken mit Lastenrädern zu ihrem Ziel gebracht werden. Hierdurch könnten 75 Prozent der heute verwendeten Transportfahrzeuge entfallen und Schadstoffemissionen vermieden werden. *Peter Pätzold* beantragt einen **PILOTVERSUCH INNENSTADTLOGISTIK**, mit dem die Zustellung „auf der letzten Meile“ mit Hilfe von emissionsfreien Lastenrädern organisiert, getestet und ausgewertet wird.

Ein Lkw-Empfehlungsnetz soll den Lkw-Verkehr in der Stadt auf besonders geeigneten Routen bündeln. Pläne dazu hat die Verwaltung im Rahmen eines europäischen Forschungsprojekts erarbeitet. *Björn Peterhoff* reicht jedoch die Ertüchtigung bestehender Straßen für den Lkw-Verkehr nicht aus. Damit einhergehen müsse auch eine wirksame Entlastung der Straßen außerhalb des Netzes. Nur dann könnten **ANWOHNER DURCH EIN LKW-EMPFEHLUNGSNETZ WIRKSAM ENTLASTET** werden.

Jugendfarmen stellen ein wesentliches Angebot einer **NATURNAHEN PÄDAGOGIK IN STUTTART** dar. Sie bieten Kindern naturnahe Erfahrungs- und Erlebnisräume – ein pädagogisch wertvolles Angebot, das auch Eingang in die Ganztagschule finden sollte. Für Kinder, die nicht an der Ganztagschule teilnehmen, muss es aber auch in Zukunft möglich sein, am Nachmittag andere pädagogische Angebote in Anspruch zu nehmen. Dies ist ein Gebot der Wahlfreiheit der Betreuungsform und der Erhaltung pädagogischer Vielfalt in Stuttgart. *Vittorio Lazaridis* fordert, die Angebote von Jugendfarmen eng mit der Ganztagschule zu verknüpfen, damit diese Form der ganzheitlichen Pädagogik unseren Grundschulkindern zugute kommt.

Seit September 2014 ist die **ANNE-FRANK-SCHULE EINE GEMEINSCHAFTSSCHULE**. Das Interesse von SchülerInnen und Eltern an dieser neuen Schulform ist sehr hoch, wie die Interessenten- und Anmeldezahlen zeigen. Doch der Schule mangelt es derzeit an einer Mensa, an weiteren Klassenzimmern und an Arbeitsräumen, die für das zeitgemäße pädagogische Konzept einer Gemeinschaftsschule unerlässlich sind. Der Raumbedarf soll durch eine vom Schulamt beauftragte Machbarkeitsstudie ermittelt werden, für die eine Dreizügigkeit vorgegeben worden ist. Zu wenig, findet *Petra Rühle*. Derzeitige Schülerzahlen und das Einzugsgebiet legen nahe, dass an der Anne-Frank-Gemeinschaftsschule eine stabile Vierzügigkeit erreicht werden kann. Daher soll auch eine vierzügige Variante untersucht werden.

*Benjamin Lauber* fürchtet **NEUEN LÄRM IN STAMMHEIM**. Im Dezember 2014 hat die Gemeinde Kornwestheim einen Bebauungsplan „Im Bereich Containerbahnhof Süd“ erlassen. Das darin vorgesehene Industriegebiet liegt in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung in Stammheim. Bereits heute muss die Stammheimer Bevölkerung in diesem Bereich erheblichen Lärm vom Containerumschlagbahnhof Kornwestheim ertragen. Durch ein neues Industriegebiet könnte die Belastung für die Anwohner noch weiter steigen. Gegenüber der Stadt Kornwestheim soll klargestellt werden, dass eine Verschlechterung der Situation auf Stammheimer Seite nicht akzeptiert werden kann.

*Martin Steeb*

**Alle diese Anträge und Anfragen wie auch weitere, hier nicht erwähnte Anträge und – soweit vorhanden – die Stellungnahmen der Verwaltung dazu können auf der Homepage der grünen Gemeinderatsfraktion nachgelesen werden: [www.lust-auf-stadt.de/antraege](http://www.lust-auf-stadt.de/antraege)**



## CHRISTBAUMSAMMELSTELLE

# Summer in the City

■ Fast täglich landen Versuchungen der Reiseindustrie im Briefkasten, um kurz danach von Weihnachtswerbung abgelöst zu werden. Auch das könnte man glossieren. Aber was ich heute zur Christbaumsammelstelle lege, ist ernsthaft, schlicht und schnörkellos:

**DIE GLOSSE MACHT URLAUB IN STUTTGART** | Ich will der puren Vorfreude auf den Sommer in Stuttgart freien Lauf lassen. Es lohnt, neben dem Urlaub in fremden Ländern auch Sommertage in Stuttgart zu verbringen.

Das internationale Trickfilmfestival ist bei Drucklegung des STADTBLATTs in vollem Gang und fasziniert die Stadt auf besondere Art und Weise. Dicht gefolgt von einem neuen Festival: Colours, mit dem Eric Gauthier die Tanz- und Ballettstadt Stuttgart um eine Facette bereichern wird. Wir dürfen gespannt sein auf diese Premiere! Nur wenig später wird das Jazz Open den Schlossplatz

und weitere Orte in Stuttgart bespielen, das Sommerfestival der Kulturen den Marktplatz aus dem Schlaf holen und „Ballett im Park“ mit Dornröschen und der Matinee der John-Cranko-Schule umsonst und draußen verzaubern. Der Christopher Street Day: Zum Ferienbeginn macht er die Stadt bunter, und das Stadtfest läutet die Urlaubszeit endgültig ein.

Schlag auf Schlag folgen die zahlreichen Straßenfeste in verschiedenen Quartieren, dann das Lichterfest am Killesberg. Bis schließlich die Eröffnung des Weindorfs fast jäh das Ende der Ferienzeit anzeigt. Das Musikfest Stuttgart legt los, in den Theatern und Konzertsälen beginnt die neue Saison, und viele freuen sich aufs Volksfest. Die Landeshauptstadt Stuttgart zeigt sich für Einheimische und für Besucher aus der ganzen Welt von ihrer besten Seite. In diesem Sinne: einen schönen Sommer in Stuttgart! *Andreas G. Winter*



Ballett im Park. Foto: Ulrich Beuttenmüller

## DAS STADTBLATT | MAI 2015 | IMPRESSUM

**HerausgeberInnen:** Anna Deparnay-Grunenberg, Silvia Fischer, Benjamin Lauber, Vittorio Lazaridis, Andrea Münch, Gabriele Munk, Gabriele Nuber-Schöllhammer, Peter Pätzold, Björn Peterhoff, Petra Rühle, Beate Schiener, Clarissa Seitz, Jochen Stopper, Andreas G. Winter

**Titelfoto:** Robert Hintz

**Redaktion:** Petra Rühle und Andreas G. Winter

(verantwortlich), Nicole Kiemel und Martin Steeb

**Redaktionelle Mitarbeit, Gestaltung:**

Sabine Weissinger, freie Journalistin, Stuttgart

**Bündnis 90 / Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart**

Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart  
Telefon 0711 216-60722, -60723, -60727  
Telefax 0711 216-60725

**Geschäftsstelle:**

Rebecca Benez, Thomas Dengler, Nicole Kiemel, Martin Steeb

**Diskussionsbeiträge willkommen unter:**

gruene.fraktion@stuttgart.de

**Druck:** UWS, Stuttgart, auf 100 % Recyclingpapier

**DAS STADTBLATT wird auf Wunsch zugeschickt und ist über das Internet verfügbar:**

[www.lust-auf-stadt.de](http://www.lust-auf-stadt.de)

